



BACHELORARBEIT

Herr
Dominik Dittmar

**Die öffentliche Aufgabe der
Medien und der Schutz des
Lebens- und Geheimbereiches**

2015

BACHELORARBEIT

Die öffentliche Aufgabe der Medien und der Schutz des Lebens- und Geheimbereichs

Autor/in:
Herr Dominik Dittmar

Studiengang:
Angewandte Medien

Seminargruppe:
AM12wT2-B

Erstprüfer:
Prof. Kurt-Ullrich Mayer

Zweitprüfer:
Prof. THOMAS PIER

Einreichung:
Mittweida, 24.06.2015

BACHELOR THESIS

The public task of the media and the protection of life and secret area

author:

Mr. Dominik Dittmar

course of studies:

Applied Media

seminar group:

AM12wT2-B

first examiner:

Prof. Kurt-Ullrich Mayer

second examiner:

Prof. THOMAS PIER

submission:

Mittweida, 24.06.2015

Bibliografische Angaben

Dittmar, Dominik:

Die öffentliche Aufgabe der Medien und der Schutz des Lebens- und Geheimbereichs

The public task of the media and the protection of life and secret area

66 Seiten, Hochschule Mittweida, University of Applied Sciences,
Fakultät Medien, Bachelorarbeit, 2015

Abstract

Die vorliegende Bachelorarbeit behandelt das Thema „Die öffentliche Aufgabe der Medien und der Schutz des Lebens- und Geheimbereichs“. Es werden die öffentlichen Aufgaben der Medien und die dazugehörigen Rahmenbedingungen genannt. Des Weiteren erfolgt ein Einblick in die Medienlandschaft in Deutschland und deren Einfluss. Dabei werden sowohl negative als auch positive Beispiele einer Berichterstattung angeführt. Es werden die Schwierigkeiten der Medien bei der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe erkennbar, die Vorgaben, wie den Schutz des Lebens- und Geheimbereichs, einzuhalten.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	V
Abbildungsverzeichnis	VII
1 Einleitung.....	1
2 Die Aufgaben der Medien und was hierbei zu beachten ist	3
2.1 Was sind die öffentlichen Aufgaben der Medien?	3
2.2 Worauf müssen die Medien bei ihrer Berichterstattung achten?	6
2.3 Beispiele für Fälle für den Beschwerdeausschuss des Presserats	11
3 Die Medienlandschaft in Deutschland	13
3.1 Die Nutzung der Medienlandschaft	13
3.2 Die Glaubwürdigkeit der Medien	16
4 Der Einfluss der Medien und deren Gefahren	18
4.1 Welchen Einfluss haben die Medien?.....	18
4.2 Negativbeispiele einer Berichterstattung	18
4.3 Framing und Agenda-Setting	21
4.4 Medien als Aufklärer	22
4.4.1 Der Watergate-Skandal.....	22
4.4.2 Woolrec.....	23
4.5 Politische Einflussnahme auf Berichterstattung	26
5 Gesetzliche Rahmenbedingungen	29
5.1 Recht der persönlichen Ehre	29
5.2 Schutz der privaten Lebensgestaltung	30
5.3 Das Recht am eigenen Bild	31
5.3.1 Die Caroline-Urteile.....	32
5.4 Abwägung von Rundfunkfreiheit und Persönlichkeitsrecht	34
5.5 Jugendschutz.....	37
6 Der Schutz des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs	38
6.1 Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	38
6.1.1 Beispiele einer Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	39
6.1.2 Verdeckte Aufnahmen als erlaubtes Mittel	39

6.2	Verletzung höchstpersönlicher Lebensbereiche durch Bildaufnahmen.....	40
6.2.1	Beispiel einer Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen	41
6.3	Verletzung des Briefgeheimnisses	41
6.4	Das Ausspähen und Abfangen von Daten.....	42
6.4.1	Beispiel für das Ausspähen und Abfangen von Daten.....	42
7	Rechtsbehelfe der Betroffenen	43
7.1	Gegendarstellung.....	43
7.2	Unterlassung.....	43
7.3	Widerruf	44
7.4	Schadenersatz	44
7.5	Geldentschädigung	44
8	Fazit.....	46
	Literaturverzeichnis	VIII
	Eigenständigkeitserklärung	XVIII

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Medien – Aufgaben und Funktionen, Bundeszentrale für politische Bildung (2009).....	4
Abbildung 2: Ausgesprochene Sanktionen des Presserats 2013, Quelle: Presserat....	10
Abbildung 3: Anzahl der Beschwerden in der Entwicklung, Quelle: Presserat	11
Abbildung 4: Das Meinungsbildungsgewicht der Medien im Trend, Quelle: TNS Infratest	14
Abbildung 5: Medienvielfalt in Deutschland, Quelle: IFD Allensbach	15
Abbildung 6: Glaubwürdigkeit der Mediengattungen, Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach	16
Abbildung 7: Deutsche Medien und der Konflikt mit Russland, Quelle: YouGov	17
Abbildung 8: Griechenland-Kampagne der Bild-Zeitung	20
Abbildung 9: Das ehemalige Recyclingunternehmen Woolrec, Foto: Arne Dedert, dpa	25
Abbildung 10: Die drei Organe des ZDF vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, Quelle: ZDF	27
Abbildung 11: Caroline von Hannover, Quelle: Getty Images	34
Abbildung 12: Gedenktafel zum Mord an die Lebacher Soldaten, Quelle: goruma (B. Ramm)	36
Abbildung 13: Alfred Biolek, Quelle: SN/WILD.....	45

1 Einleitung

In der Bachelorarbeit mit dem Titel „Die öffentliche Aufgabe der Medien und der Schutz des Lebens- und Geheimbereichs“ gehe ich der Frage nach, inwiefern die Medien ihrer öffentlichen Aufgabe unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben, wie dem Schutz des Lebens- und Geheimbereichs, nachkommen können. Um diese Frage zu beantworten, möchte ich mithilfe von Fachliteratur, Gesetzestexten, Gerichtsurteilen, Webseiten, Statistiken und Fallbeispielen die Problematik darstellen, die sich aus der journalistischen Arbeit oftmals ergibt.

Hierzu wird dargestellt, welche öffentlichen Aufgaben die Medien überhaupt haben. Diesen Aufgaben können die Medien aber nicht ohne bestimmte Rahmenbedingungen nachkommen. So müssen Vorgaben berücksichtigt werden, ansonsten erfolgt eine Sanktionierung. Diese Bestimmungen sowie die Möglichkeiten von Sanktionen werden im Einzelnen vorgestellt, wie z.B. der Pressekodex oder der Rundfunkstaatsvertrag. Um einzelne Ziffern des Pressekodex zu verdeutlichen werden auch einige Beispiele angeführt, wo Medien mit Ihrer Berichterstattung gegen diese Ziffern verstoßen haben.

Bisher war immer nur die Rede von Medien. Was Medien sind und wie die Medienlandschaft in Deutschland aussieht, wird in Kapitel 3 dargestellt. Dabei geht es zum Einen um die Nutzung der diversen Medien. Ein weiterer Aspekt in diesem Kapitel ist auch die Glaubwürdigkeit der Medien. Denn nur, wenn die Medien als glaubwürdig angesehen werden, werden diese auch für die Meinungsbildung herangezogen. Außerdem wird in dieser Arbeit ersichtlich, dass die Medienlandschaft vielleicht gar nicht so vielfältig ist, wie sie auf den ersten Blick erscheint.

Des Weiteren wird anhand von Beispielen verdeutlicht, welchen Einfluss die Medien haben und welche Auswirkungen und Gefahren sich hieraus ergeben. Hierbei werden nicht nur Negativbeispiele der Berichterstattung genannt, sondern auch die Rolle der Medien bei der Aufdeckung von Skandalen aufgezeigt. Medien können also auch Aufklärer sein. Durch den großen Einfluss den Medien haben, werden diese auch für die Politik interessant, um ihrerseits Einfluss auf die Berichterstattung zu nehmen. Auch diese Gefahr wird mit Beispielen belegt.

Nachdem in Kapitel 2 schon auf die Rahmenbedingungen in Form des Rundfunkstaatsvertrags und des Pressekodex eingegangen wurde, geht es in einem weiteren Kapitel um den Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts und dessen Bestandteile wie z.B. dem Recht der persönlichen Ehre, dem Schutz der privaten Lebensgestaltung und dem Recht am eigenen Bild und wie diese gesetzlich geregelt sind.

Dem Schutz des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs, der auch Teil des allgemeinen Persönlichkeitsrecht ist, wird sich gesondert gewidmet. Dafür wird zuerst einmal erläutert, was darunter zu verstehen ist. Mithilfe von Beispielen wird ein Bezug zur Praxis hergestellt und verdeutlicht, wann eine Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs vorliegt. Bei einer solchen Verletzung ist der Betroffene allerdings nicht hilflos. Welche rechtlichen Ansprüche sich ergeben, wird anschließend kurz dargestellt.

2 Die Aufgaben der Medien und was hierbei zu beachten ist

2.1 Was sind die öffentlichen Aufgaben der Medien?

Die öffentliche Aufgabe der Medien ist es, durch ihre Berichterstattung an der freien, individuellen und öffentlichen Meinungsbildung, in der Regel in der Politik, mitzuwirken. Dazu verbreiten sie Informationen zu Geschehnissen mit allgemeiner Bedeutung. Diese Informationen helfen der Bevölkerung eine eigene Meinung zu allen (politischen) Angelegenheiten bilden zu können. Die Medien müssen dazu die nötigen Informationen beschaffen, auswählen und so verarbeiten, dass die breite Öffentlichkeit diese versteht und sich so eine eigene Meinung bilden kann. Die Medien sind also eine Verbindung zwischen der Bevölkerung und der Politik. So gesehen haben Journalisten eine gewisse Macht. Sie bestimmen, welche Informationen wichtig und relevant sind, veröffentlichen sie oder lassen sie weg. Damit nehmen sie maßgeblich Einfluss auf die Ansichten und Meinungen der Bevölkerung.¹ In Demokratien erfüllen Medien grundlegende Aufgaben. Sie sollen das Volk wahrheitsgemäß informieren und durch kritische Berichterstattung zu deren Meinungsbildung beitragen.² Die Informationen, die die Medien veröffentlichen, beeinflussen die öffentliche Meinung. Da die öffentliche Meinung ein wesentlicher Bestandteil für den politischen Willensbildungsprozess einer Demokratie ist, sollten Journalisten entsprechend unabhängig, objektiv und wahrheitsgemäß berichten.

Beim Journalismus sind zwei zentrale Aufgabenbereiche zu unterscheiden. Ein Aufgabenbereich betrifft die Aufklärung der Bevölkerung über aktuelle Geschehnisse, auch in der Politik. Der zweite Aufgabenbereich dient der Information der Politik. Die Journalisten holen die Meinung der Bevölkerung ein und transportieren diese durch ihr Medium. So erfahren die Politiker, wie ihre Arbeit wahrgenommen wird und wie die öffentliche Meinung zu unterschiedlichen Themen ist.³

¹ Vgl. http://www.hronline.de/website/specials/wissen/index.jsp?rubrik=68533&key=standard_document_39345529

01.06.2015

² Vgl. <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/139163/funktionen-und-probleme> 01.06.2015

³ Vgl. <https://www.boell.de/de/bildungskultur/netz-fuenfte-gewalt-mediale-gewaltenteilung-digitale-oeffentlichkeit-15060.html> 01.06.2015

Diese Funktionen der Medien verdeutlicht die folgende Abbildung nochmal genauer:

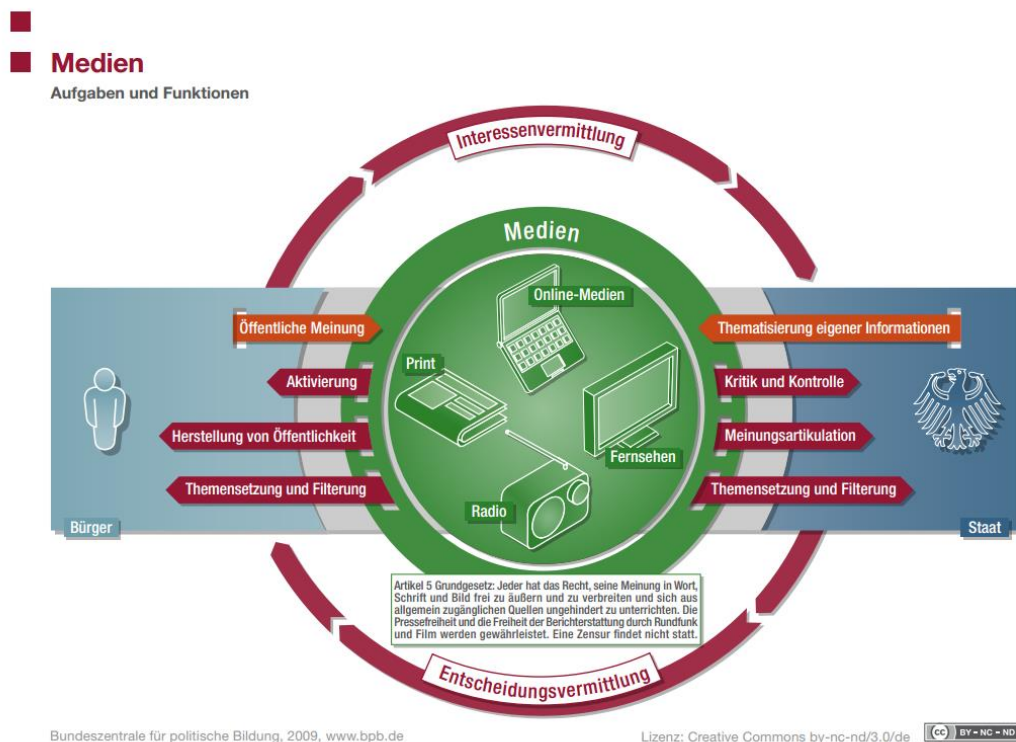


Abbildung 1: Medien – Aufgaben und Funktionen, Bundeszentrale für politische Bildung (2009)

Wie bereits zuvor beschrieben, zeigt diese Grafik, dass die Medien grundsätzlich zwei Aufgabenbereiche haben. Auf der einen Seite richtet sich die Aufgabe an die Bürger. Die Medien vermitteln die Entscheidungen des Staates und machen sie für den Bürger verständlich und transparent (unterer, roter Pfeil). Durch diese Berichterstattung kann der Bürger sich eine eigene Meinung bilden und eine begründete Entscheidung bei politischen Wahlen treffen. Gleichzeitig sorgen die Medien so für eine Öffentlichkeit. Die Bürger reagieren auf die Berichterstattung (orangener Pfeil links). Dieses Feedback wird wiederum als öffentliche Meinung von den Medien aufgegriffen und durch die Berichterstattung dem Staat gegenüber geäußert (oberer roter Pfeil). Dabei werden Entscheidungen des Staates auch kritisch hinterfragt, die Medien üben also eine Kontrolle aus. Aufgrund dieser Kontrollfunktion und dem Einfluss durch Schwerpunktset-

zung und Filterung in der Berichterstattung, werden die Medien auch als „vierte Gewalt“ bezeichnet.⁴

Damit die Medien ihre Aufgabe als Kontrollorgan des Staates ausüben können, muss deren Unabhängigkeit vom Staat gesichert sein. Dazu steht in Artikel fünf des Grundgesetzes:

„(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt. (2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.“

Hintergrund dieses Artikels ist die Zeit des Nationalsozialismus. Hier waren alle Medien gleichgeschaltet und wurden zu Gunsten der staatlichen Propaganda eingesetzt. Um solch eine Instrumentalisierung in Zukunft zu verhindern, wurde der Artikel fünf von den Alliierten ins Grundgesetz aufgenommen und ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk ins Leben gerufen.⁵

Mit dem 4. Rundfunkurteil des Bundesverfassungsgerichts wurde auch der private Rundfunk in Deutschland zugelassen, unter der Voraussetzung, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine Grundversorgung sichert.⁶ Im Rundfunkstaatsvertrag sind die grundlegenden Regelungen für den öffentlich-rechtlichen sowie den privaten Rundfunk in einem dualen Rundfunksystem für alle Bundesländer festgehalten. Beide Rundfunkarten (öffentlich-rechtlich und privat) sind sowohl zur freien und öffentlichen Meinungsbildung als auch der Meinungsvielfalt verpflichtet.⁷ Laut §11 des Rundfunkstaatsvertrags sind die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten dazu verpflichtet „einen umfassenden Überblick über das [...] Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben.“ Zu diesen wesentlichen Lebensbereichen gehört laut dem Bundeskartellamt auch die Berichterstattung über Bundesliga-Fußball. So urteilte es im Jahr 2008, dass die Samstagsspiele der Fußball-Bundesliga im Free-TV als Zusam-

⁴ Vgl. <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/24-deutschland/40490/medien> 01.06.2015

⁵ Vgl. <http://www.bpb.de/gesellschaft/medien/medienpolitik/172237/unabhaengigkeit-und-staatsferne-ein-mythos> 03.06.2015

⁶ Vgl. <http://digitale-grundversorgung.de/rundfunkstaatsvertrage/> 04.06.2015

⁷ Vgl. http://www.die-medienanstalten.de/fileadmin/Download/Rechtsgrundlagen/Gesetze_aktuell/15_RStV_01-01-2013.pdf 04.06.2015

menfassung bis 20 Uhr übertragen werden müssen. Somit waren die Pläne der DFL, die Übertragungsrechte exklusiv an Pay-TV-Anbieter zu verkaufen, vom Tisch.⁸

2.2 Worauf müssen die Medien bei ihrer Berichterstattung achten?

Im 3. Abschnitt des Rundfunkstaatsvertrags sind auch Regelungen zum privaten Rundfunk verfasst. So sind in §41 die Programmgrundsätze geregelt. Demnach ist die „Würde des Menschen sowie die sittlichen, religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen anderer zu achten.“ und die „Vorschriften der allgemeinen Gesetze und die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der persönlichen Ehre [...] einzuhalten.“ Neben den öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk behandelt der Rundfunkstaatsvertrag auch die Telemedien. Unter dem Begriff Telemedien versteht man im wesentlichen Angebote und Dienstleistungen, die über das Internet angeboten werden.⁹ Die Telemedien sind laut §54 ebenfalls zur Einhaltung der allgemeinen Gesetze und Bestimmungen zum Schutz der persönlichen Ehre verpflichtet. In Absatz 2 werden Telemedien mit journalistisch-redaktionellen Angeboten dazu angehalten, ihre Inhalte mit Sorgfalt auf Herkunft und Wahrheit zu prüfen.

Neben den Regelungen für den Rundfunk in Deutschland durch den Rundfunkstaatsvertrag, gibt es den Pressekodex. In 16 Ziffern wurden hier publizistische Grundsätze vom Presserat festgelegt, die Richtlinien bezüglich der Berichterstattung und des Verhaltens der Journalisten beinhalten.¹⁰ Folgende Punkte (hier zusammengefasst) beinhaltet der Pressekodex:

Ziffer 1 - Wahrhaftigkeit und Achtung der Menschenwürde

Bei der Berichterstattung sind die Wahrheit und die Berücksichtigung der Menschenwürde die obersten Prioritäten, um die Glaubwürdigkeit und das Ansehen der Medien zu erhalten.¹¹

⁸ Vgl. <http://www.spiegel.de/sport/fussball/kartellamtsentscheidung-ein-schlag-fuer-den-deutschen-profifussball-a-567730.html> 04.06.2015

⁹ Vgl. <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/17821/telemedien-v12.html> 05.06.2015

¹⁰ Vgl. <http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/> 05.06.2015

¹¹ Vgl. http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_1_wahrhaftigkeit_und_achtung_der_menschenwuerde 05.06.2015

Ziffer 2 – Sorgfalt

Informationen jeglicher Art und Weise müssen vor Veröffentlichung auf ihren Wahrheitsgehalt sorgfältig geprüft werden. Der Kern der Nachricht muss wahrheitsgemäß wiedergegeben werden und darf nicht verfälscht werden. Werden unbestätigte Meldungen oder Gerüchte in der Berichterstattung verbreitet, so müssen sie als solche erkennbar gemacht werden.¹²

Ziffer 3 – Richtigstellung

Nachrichten, Informationen oder Behauptungen, die sich im Nachhinein als falsch erweisen, müssen so schnell wie möglich im selben Medium richtig gestellt werden.¹³

Ziffer 4 – Grenzen der Recherche

Bei der Recherche dürfen keine illegitimen Methoden benutzt werden, um an Nachrichten oder Informationen zu kommen. Grundsätzlich müssen sich Journalisten zu erkennen geben. Wenn durch verdeckte Recherche Informationen von besonderem öffentlichen Interesse beschafft werden können, die anders nicht zu bekommen sind, ist diese gerechtfertigt und verstößt dann nicht gegen den Pressekodex.¹⁴

Ziffer 5 – Berufsgeheimnis

Das Berufsgeheimnis ist zu wahren. Die Presse kann außerdem vom Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machen und gibt Informanten nur bekannt, wenn diese damit einverstanden sind. Ist das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit nach erfolgter Abwägung größer, als die Gründe für Geheimhaltung, darf über diese geheimen Vorgänge berichtet werden.¹⁵

Ziffer 6 – Trennung von Tätigkeiten

Die Glaubwürdigkeit der Presse darf nicht durch eine weitere Tätigkeit einer in den Medien tätigen Person in Frage gestellt werden. Falls der Journalist oder Verleger zusätzlich einer anderen Tätigkeit nachgeht, muss diese strikt getrennt werden.¹⁶

¹² Vgl. http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_2_sorgfalt 05.06.2015

¹³ Vgl. http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_3_richtigstellung 05.06.2015

¹⁴ Vgl. http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_4_grenzen_der_recherche 05.06.2015

¹⁵ Vgl. http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_5_berufsgeheimnis 05.06.2015

¹⁶ Vgl. http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_6_trennung_von_taeatigkeiten 05.06.2015

Ziffer 7 – Trennung von Werbung und Redaktion

Veröffentlichungen einer Redaktion dürfen nicht durch private oder geschäftliche Interessen beeinflusst werden. Bezahlte Veröffentlichungen müssen als Werbung kenntlich gemacht werden. Informationen, die im Rahmen von Recherchen gewonnen wurden, dürfen nicht zum eigenen oder zum persönlichen Vorteil anderer genutzt werden.¹⁷

Ziffer 8 – Schutz der Persönlichkeit

Das Privatleben der Menschen wird von der Presse geachtet. Nur wenn es von öffentlichem Interesse ist, darf darüber berichtet werden. Die Berichterstattung darf nur identifizierend sein, wenn das Informationsinteresse der Öffentlichkeit größer ist, als das Schutzinteresse des Betroffenen. Im Fall von Kriminalberichterstattungen liegt ein solches öffentliches Interesse zum Beispiel vor, wenn es sich um eine besonders schwere Straftat handelt oder die Straftat in aller Öffentlichkeit erfolgte. Opfer sind besonders zu schützen. Deren Identität ist nicht notwendig, um den Hergang eines Unfalls bzw. Tathergangs zu verstehen. Sind Kinder oder Jugendliche involviert, dürfen diese nicht bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs identifiziert werden.¹⁸

Ziffer 9 – Schutz der Ehre

Menschen dürfen nicht durch unangemessene Darstellungen in ihrer Ehre verletzt werden.¹⁹

Ziffer 10 – Religion, Weltanschauung, Sitte

Religiöse, weltanschauliche oder sittliche Überzeugungen werden von der Presse respektiert.²⁰

Ziffer 11 – Sensationsberichterstattung, Jugendschutz

Bei der Berichterstattung wird auf unangemessene Darstellung von Gewalt, Brutalität und Leid verzichtet. Auf die zu detailgetreue Darstellung von sterbenden oder körper-

¹⁷ Vgl. http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_7_trennung_von_werbung_und_redaktion 05.06.2015

¹⁸ Vgl. http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_8_schutz_der_persoenlichkeit 05.06.2015

¹⁹ Vgl. http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_9_schutz_der_ehre 05.06.2015

²⁰ Vgl. http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_10_religion_weltanschauung_sitte 05.06.2015

lich oder seelisch leidenden Menschen ist zu verzichten, da dies als unangemessen sensationell gilt.²¹

Ziffer 12 – Diskriminierungen

Es darf niemand aufgrund seines Geschlechts, einer Behinderung oder seiner Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden.²²

Ziffer 13 – Unschuldsvermutung

Die Unschuldsvermutung muss auch von der Presse berücksichtigt werden. Bei Ermittlungsverfahren und Strafverfahren muss die Berichterstattung vorurteilsfrei sein. Eine Person darf nur dann als Täter bezeichnet werden, wenn diese ein Geständnis abgelegt hat oder Beweise gegen sie vorliegen.²³

Ziffer 14 – Medizin-Berichterstattung

Bei medizinischen Themen dürfen durch die Berichterstattung nicht unbegründete Befürchtungen oder Hoffnungen erweckt werden.²⁴

Ziffer 15 – Vergünstigungen

Das Annehmen von Vergünstigungen ist verboten, wenn dadurch die Arbeit der Medien beeinflusst wird.²⁵

Ziffer 16 – Rügenveröffentlichung

Vom Presserat ausgesprochene Rügen werden veröffentlicht.²⁶ Bei Verstoß gegen eine dieser 16 Ziffern besitzt der Presserat mehrere Sanktionsmöglichkeiten: von der öffentlichen Rüge (Rüge muss veröffentlicht werden), der nicht-öffentlichen Rüge über

²¹ Vgl. http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_11_sensationsberichterstattung_jugendschutz 05.06.2015

²² Vgl. http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_12_diskriminierungen 05.06.2015

²³ Vgl. http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_13_unschuldsvermutung 05.06.2015

²⁴ Vgl. http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_14_medizinberichterstattung 05.06.2015

²⁵ Vgl. http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_15_verguenstigungen 05.06.2015

²⁶ Vgl. http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_16_ruegenveroeffentlichung 05.06.2015

die Missbilligung bis hin zum Hinweis.²⁷ Die Form der Sanktion hängt von der Schwere der Verfehlung ab.

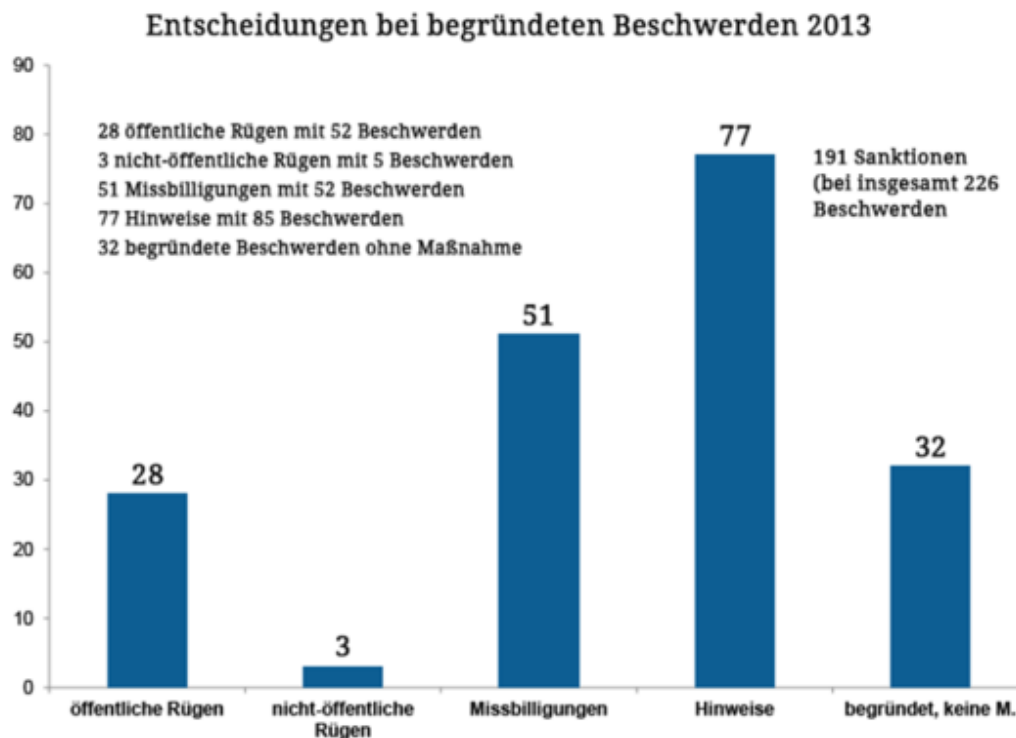


Abbildung 2: Ausgesprochene Sanktionen des Presserats 2013, Quelle: Presserat

Im Jahr 2013 sprach der deutsche Presserat insgesamt 191 Sanktionen aus. Die höchste Sanktionsart, die der Presserat aussprechen kann, die öffentliche Rüge, erfolgte in 28 Fällen. In 77 und damit in den meisten Fällen wurde ein Hinweis als ausreichende Sanktion angesehen. Insgesamt sah der Presserat 226 eingereichte Beschwerden als begründet an. Damit waren rund 50 Prozent der im Beschwerdeausschuss verhandelten Beschwerden begründet, 239 wurden als unbegründet eingestuft.²⁸ Fast 81 Prozent aller Beschwerden werden von Privatpersonen eingereicht. Die restlichen 19 Prozent entfallen auf Interessensvertretungen, wie z.B. Vereine, Parteien, Behörden oder Verwaltungen.²⁹

²⁷ Vgl. http://www.presserat.de/fileadmin/user_upload/Downloads_Dateien/Flyer_Ablauf_Organisation.pdf 05.06.2015

²⁸ Vgl. http://www.presserat.de/beschwerde/statistiken/#panel-entscheidungen_der_ausschuesse 18.06.2015

²⁹ <http://www.presserat.de/beschwerde/statistiken/#panel-beschwerdefuehrer> 18.06.2015

Die folgende Statistik zeigt die Entwicklung der eingegangenen und behandelten Beschwerden von 2007 bis 2013. Die Anzahl der Beschwerden ist zuletzt wieder rückläufig geworden, nachdem sie im Jahr 2010 ihren Höhepunkt hatten. Auffällig ist dabei, dass in der Regel nur rund ein Drittel aller eingegangenen Beschwerden auch im Beschwerdeausschuss behandelt werden. Auch hier ist das Jahr 2010 wieder eine Ausnahme. Hier wurden rund 50 Prozent aller Beschwerden verhandelt.

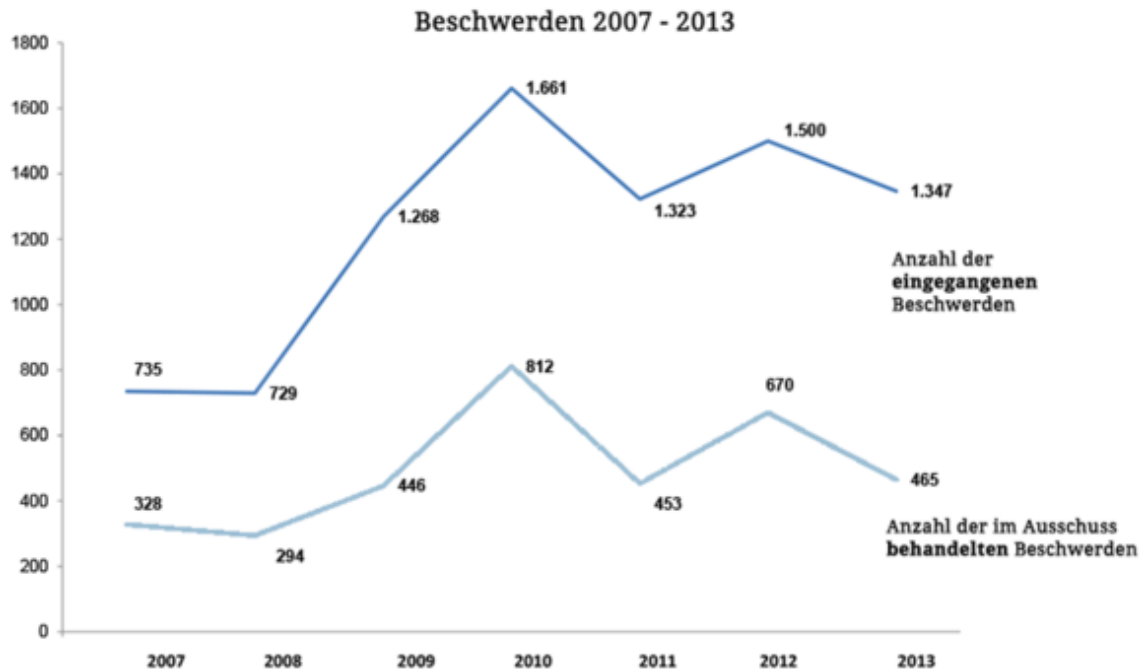


Abbildung 3: Anzahl der Beschwerden in der Entwicklung, Quelle: Presserat

2.3 Beispiele für Fälle für den Beschwerdeausschuss des Presserats

Gegen die BILD sowie die BILD Online wurde durch den Presserat eine öffentliche Rüge ausgesprochen im Rahmen der Berichterstattungen über den Germanwings-Absturz am 24. März 2015, weil mehrfach Bilder von Opfern veröffentlicht wurden und auch deren Namen genannt wurden. Die genannte Zeitung hatte Fotos von Urlaubern gezeigt, die nach dem Flugzeugabsturz an einem Ort öffentlich ausgehängt worden waren. Jedoch war der Aushang nicht für die Medienöffentlichkeit bestimmt und die Veröffentlichung erfolgte ohne Zustimmung der Abgebildeten bzw. deren Angehörigen. Auch ein Bild einer Schulklasse, zu denen einige Unglücksopfer gehörten, durfte nicht gezeigt werden, auch wenn die Gesichter unkenntlich gemacht wurden. Denn für einen erweiterten Personenkreis waren die Abgebildeten identifizierbar. Nach Meinung des Presserats verstieß das gegen den Schutz der Persönlichkeit der Abgebildeten. Es

wurde auch eine Todesanzeige nachgedruckt mit den Namen der Todesopfer aus dieser Klasse. Auch dieser Nachdruck war unzulässig. Insgesamt handelte es sich hier lt. Presserat um Verstöße gegen die Richtlinie 8 des Pressekodex, nämlich Verstöße gegen den Schutz der Persönlichkeit.

Insgesamt wurden vom Deutschen Presserat für Berichterstattungen bezüglich des Absturzes 2 öffentlich Rügen erteilt. Dagegen entschied der Presserat, dass die Namensnennung des Co-Piloten, der mutmaßlich für den Absturz der Germanwings-Maschine verantwortlich war, keinen Verstoß gegen den Pressekodex darstellte. Zwar könnte durch die Veröffentlichung des Namens und auch des Wohnortes eine Identifizierung der Eltern erfolgen, jedoch würde lt. Entscheidung des Presserats das öffentliche Interesse an der Nennung des Namens überwiegen.³⁰

Einen weiteren Fall einer öffentlichen Rüge sprach der Presserat am 12. September 2014 aus. Hier ging es um die detailreiche Schilderung einer Gewalttat vor dem Hamburger Hauptbahnhof. Hier wurden auch eine Reihe von Bildern veröffentlicht, worauf auch das blutüberströmte, sterbende Opfer zu sehen war. Auch war der Täter auf den Fotos abgebildet und nicht unkenntlich gemacht worden. Der Presserat entschied, dass es sich hier um Verstöße gegen die Ziffern 8 und 11 handelte, also gegen den Schutz der Persönlichkeit und Sensationsberichterstattung/Jugendschutz. Das Sterben einer Person war zu detailliert dargestellt, als das daran ein öffentliches Interesse bestehen könnte. Somit war dies eine unangemessene Sensationsdarstellung.³¹

Eine Rüge durch den Presserat erhielt die TZ München. Diese hatte im Jahr 2013 in einer Berichterstattung über eine Entführung und Vergewaltigung Minderjähriger in Thailand nicht zwischen Tatverdacht und erwiesener Unschuld unterschieden und somit gegen Ziffer 13 des Pressekodex, der Unschuldsvermutung, verstoßen. Des Weiteren wäre der Mann auf Grund der im Artikel beschriebenen Details für einen größeren Personenkreis identifizierbar gewesen, was gegen Ziffer 8 des Pressekodex verstößt, dem Schutz der Persönlichkeit.³²

³⁰ Vgl. Pressemitteilung des Presserats vom 04.Juni 2015, <http://www.presserat.de/presserat/news/pressemitteilungen/> 21.06.2015

³¹ Vgl. Pressemitteilung des Presserats vom 12.September 2014, <http://www.presserat.de/presserat/news/pressemitteilungen/datum/2014/> 21.06.2015

³² Vgl. Pressemitteilung des Presserats vom 06. Juni 2013, <http://presserat.de/presserat/news/pressemitteilungen/datum/2013/> 21.06.2015

3 Die Medienlandschaft in Deutschland

3.1 Die Nutzung der Medienlandschaft

Medien versteht man allgemein als Sammelbegriff für Kommunikationsmittel. Diese sind sehr vielfältig: Fernsehen, Radio, Zeitungen, Zeitschriften, online (Internet). Innerhalb dieser Sparten gibt es eine Vielzahl diverser Anbieter (Stand: 2. Halbjahr 2014).

ca. 400 TV-Anbietern

ca. 250 Radio-Unternehmen

ca. 300 Zeitungsverlagen

ca. 450 Zeitschriftenverlagen

ca. 200 Online-Anbietern³³

Dementsprechend groß sind die Möglichkeiten, bei der Meinungsbildung auf verschiedene Angebote zurückzugreifen.

Die nachfolgende Statistik zeigt die Gewichtung der einzelnen Medien für die Informations- und Meinungsbildung in Deutschland. Die Werte wurden von TNS Infratest anhand von zwei Faktoren ermittelt: der Nutzung eines Mediums und der Wichtigkeit für die Meinungsbildung des Nutzers.³⁴ Diese Untersuchung wurde auch in den letzten Jahren durchgeführt, sodass in der Grafik auch die Entwicklung seit 2009 zu erkennen ist.

Das führende Medium bei der Meinungsbildung ist demnach das Fernsehen, auch wenn die Zahlen in den letzten Jahren leicht rückläufig waren. Ebenfalls rückläufig ist das Medium Tageszeitungen, das in den nächsten Jahren wohl vom Internet überholt wird. Bereits im Jahr 2014 hat das Internet schon den Hörfunk überholt. Zeitschriften spielen mit 3,3 Prozent nur eine kleine, aber durchaus konstante Rolle bei der Meinungsbildung.

³³ Vgl. https://www.blm.de/files/pdf1/ALM_Vielfaltsmonitor_2_Halbjahr_2014_2015-Stand_17-03-15.pdf
Seite 3, 06.06.2015

³⁴ Vgl. https://www.blm.de/files/pdf1/ALM_Vielfaltsmonitor_2_Halbjahr_2014_2015-Stand_17-03-15.pdf
Seite 5, 06.06.2015

Meinungsbildungsgewicht der Medien in Trend

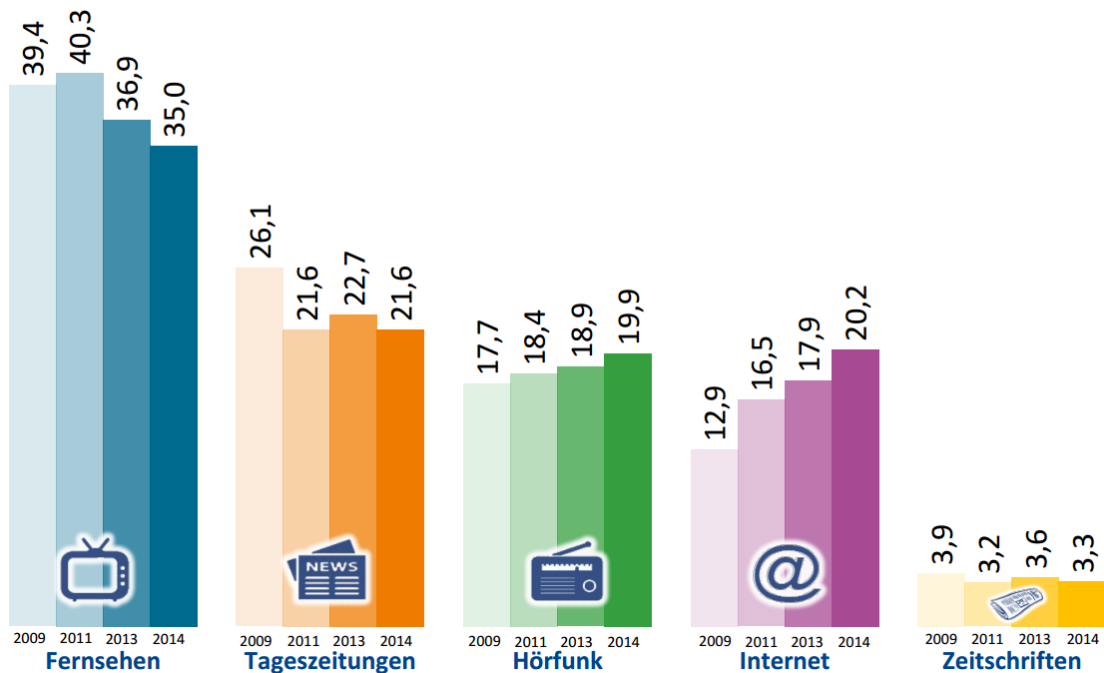


Abbildung 4: Das Meinungsbildungsgewicht der Medien im Trend, Quelle: TNS Infratest

Innerhalb jeder Sparte gibt es Akteure, die die Meinungsbildung aufgrund ihrer Gewichtung besonders prägen. Bei den TV-Anbietern entfällt der Hauptanteil auf die öffentlich-rechtlichen Programme von ARD und ZDF sowie der privaten Konzerne RTL-Group und ProSiebenSat.1 Media AG.³⁵

Auch beim Zeitungsmarkt existiert ein dominierender Wettbewerber: der Axel Springer Verlag hält trotz des Verkaufs des Hamburger Abendblatts und der Berliner Morgenpost mit 23,9 Prozent den größten Anteil am Meinungsmarkt. Insgesamt gibt es sehr viele Mitbewerber, die für sich gesehen aber nur einen kleinen Marktanteil besitzen.³⁶

Das Internet wird auf vielfältige Art und Weise genutzt, wie z.B. Einkaufen oder zur Unterhaltung. Im Bereich Nachrichten und Informationen findet man hauptsächlich die Online-Portale und Online-Auftritte der Verlage und Sendeanstalten. Auch hier ist Axel

³⁵ Vgl. https://www.blm.de/files/pdf1/ALM_Vielfaltsmonitor_2_Halbjahr_2014_2015-Stand_17-03-15.pdf
Seite 9, 06.06.2015

³⁶ Vgl. https://www.blm.de/files/pdf1/ALM_Vielfaltsmonitor_2_Halbjahr_2014_2015-Stand_17-03-15.pdf
Seite 13, 06.06.2015

Springer wieder stark vertreten. Mit 10,7 Prozent fällt der größte Anteil auf diesen Verlag.³⁷

Eine größere Dominanz besteht beim Anteil am Meinungsmarkt beim Hörfunk. Hier entfallen 55,5 Prozent allein auf die ARD. Der größte Anteil an den rund 270 privaten Radioprogrammen fällt auf die RTL Group mit 7,1 Prozent.³⁸

Im Zeitschriftensegment gibt es wieder mehrere große Anbieter: auf die Medienkonzerne Bauer (21,5 Prozent), Burda (18,8 Prozent), Bertelsmann (16 Prozent), Springer (13,4 Prozent) und Funke (16,3 Prozent) fallen zusammen 86 Prozent.³⁹

In den Augen der Bevölkerung herrscht eine sehr gute Medienvielfalt in Deutschland.



Abbildung 5: Medienvielfalt in Deutschland, Quelle: IFD Allensbach

³⁷ Vgl. https://www.blm.de/files/pdf1/ALM_Vielfaltsmonitor_2_Halbjahr_2014_2015-Stand_17-03-15.pdf
Seite 19, 06.06.2015

³⁸ Vgl. https://www.blm.de/files/pdf1/ALM_Vielfaltsmonitor_2_Halbjahr_2014_2015-Stand_17-03-15.pdf
Seite 11, 06.06.2015

³⁹ Vgl. https://www.blm.de/files/pdf1/ALM_Vielfaltsmonitor_2_Halbjahr_2014_2015-Stand_17-03-15.pdf
Seite 15, 06.06.2015

Demnach haben 62 Prozent der Befragten die Medienvielfalt als sehr groß bewertet, weitere 34 Prozent als groß. Zwar gibt es viele Angebote zur Meinungsbildung, allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass viele dieser Angebote wie dargestellt zu wenigen großen Medienkonzernen gehören, die den Markt beherrschen. Dementsprechend groß ist deren Einfluss auf die Meinungsbildung der Bevölkerung. Umso wichtiger ist ein verantwortungsvoller Umgang der Medienkonzerne mit ihren Aufgaben und Pflichten.

3.2 Die Glaubwürdigkeit der Medien

Bei der Meinungsbildung kann die Bevölkerung also auf ein großes Angebot zurückgreifen. Allerdings wird nicht jeder Mediengattung dasselbe Vertrauen zu teil. Einer Umfrage des Institut für Demoskopie Allensbach zufolge werden Printmedien, also Zeitschriften und Tageszeitungen und elektronischen Medien wie TV und Radio für am glaubwürdigsten befunden.

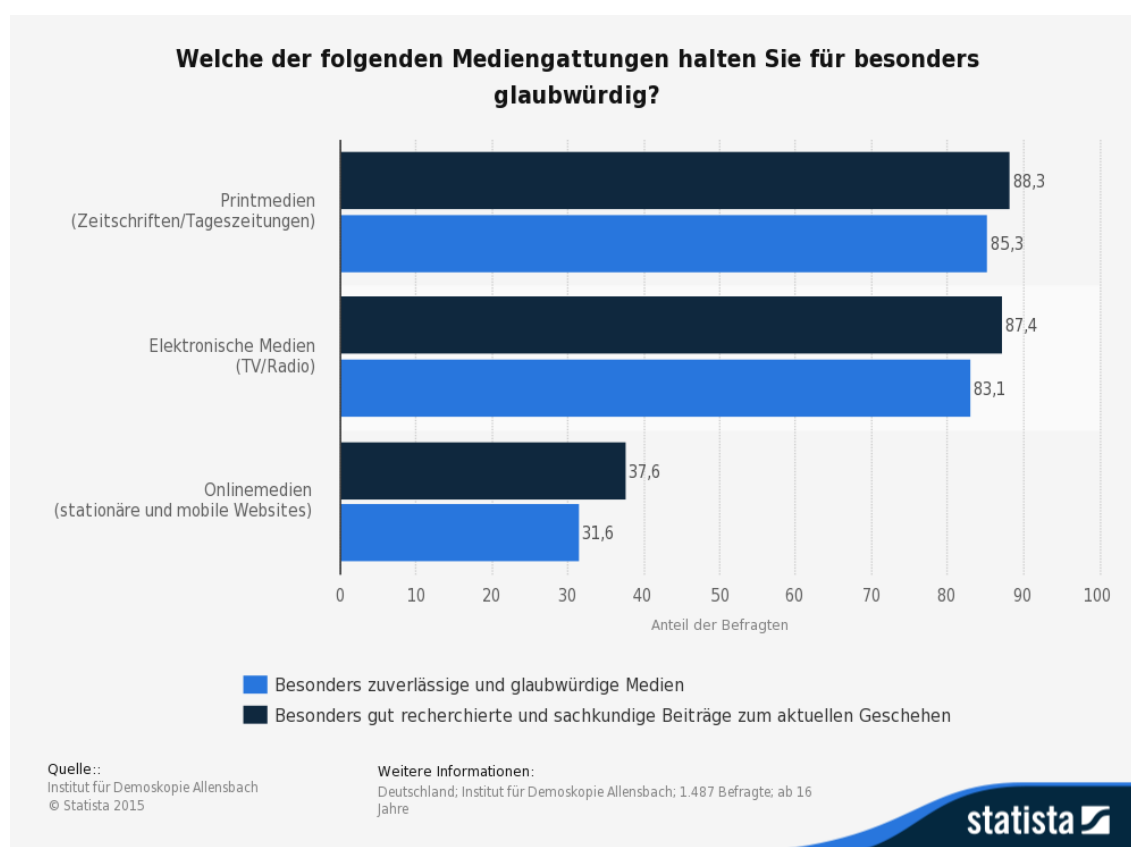


Abbildung 6: Glaubwürdigkeit der Mediengattungen, Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach

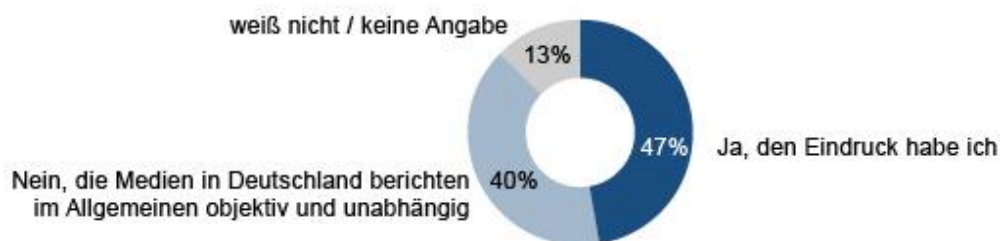
Demnach halten über 80 Prozent der Befragten Print- und elektronische Medien für besonders zuverlässig und glaubwürdig. Die Beiträge erscheinen besonders gut re-

cherchiert und sachkundig zu sein. Dagegen fällt das Vertrauen den Onlinemedien gegenüber relativ deutlich ab. Nur jeder Dritte ist von der Glaubwürdigkeit sowie einer guten Recherche und sachkundigen Berichterstattung überzeugt.

Insgesamt lässt sich also sagen, dass die Bevölkerung die Meldungen und Berichte der Medien als glaubwürdig empfindet. Allerdings gibt es bei der Glaubwürdigkeit bei manchen Themengebieten starke Abweichungen. Einer Umfrage von YouGov für ZEIT ONLINE zufolge halten nur 40 Prozent der Deutschen die Medienberichterstattung über den Ukraine-Konflikt für objektiv und unabhängig.

Umfrage: Deutsche Medien und der Konflikt mit Russland

Haben Sie den Eindruck, dass die Medien in Deutschland einseitig berichten und von der Politik gelenkt werden?



Quelle: YouGov

© ZEIT ONLINE

Abbildung 7: Deutsche Medien und der Konflikt mit Russland, Quelle: YouGov

Ganze 47 Prozent empfinden die Berichterstattung der Medien in Deutschland sogar als einseitig und von der Politik gelenkt. Die restlichen 13 Prozent machten entweder keine Angabe oder waren unentschlossen. Im Osten der Republik halten sogar 55 Prozent die Berichterstattung für einseitig und gelenkt und nur 34 Prozent für unabhängig und objektiv.⁴⁰

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Berichterstattung über den Vormarsch der Terrormiliz Islamischer Staat. 53 Prozent haben wenig oder gar kein Vertrauen in die Berichterstattung zu diesem Thema.⁴¹

⁴⁰ Vgl. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-12/umfrage-medien-russland-putin-kriegsgefahr> 18.06.2015

⁴¹ Vgl. <http://www.tagesspiegel.de/medien/stichwort-ukraine-umfrage-vertrauen-in-die-deutsche-medien-zurueckgegangen/11129652.html> 18.06.2015

4 Der Einfluss der Medien und deren Gefahren

4.1 Welchen Einfluss haben die Medien?

Wie schon unter Punkt „1.1 Was sind die öffentlichen Aufgaben der Medien?“ ausgeführt, haben die Medien die Aufgabe, die Bevölkerung unvoreingenommen über das aktuelle Geschehen zu informieren und einen Beitrag zur (politischen) Meinungsbildung der Bevölkerung zu leisten. Sie entscheiden, welche Nachrichten besonders relevant sind. Die Medien beeinflussen also auch ein Stück weit, welche politischen und gesellschaftlichen Themen aktuell von besonderer Bedeutung sind und somit auch bei der Bevölkerung als relevant empfunden werden.⁴²

Innerhalb der Berichterstattung beeinflussen die Medien auch die Wahrnehmung von Personen, Entscheidungen oder Ereignisse.⁴³ Deshalb müssen sich die Medien ihrer Verantwortung bewusst sein und dementsprechend verantwortungsvoll handeln. Dennoch kommt es hin und wieder vor, dass über Sachverhalte oder Ereignisse nur unzureichend oder gar partiell von einzelnen Medien berichtet wird.

4.2 Negativbeispiele einer Berichterstattung

Einen Medienskandal gab es im Jahr 1988 im Rahmen des sogenannten Geiseldramas von Gladbeck. Am 16. August überfielen zwei Kriminelle eine Bankfiliale in Gladbeck und nahmen zwei Geiseln. Sie erpressten von der eingeschalteten Polizei 400.000 DM und einen Fluchtwagen. Diesen tauschten sie aber kurze Zeit später mit Waffengewalt aus und holten die Freundin eines der Verbrecher ab. Die Polizei hatte genauso wie einige Pressevertreter die Verfolgung aufgenommen, allerdings ließ sie einige Eingreifchancen verstreichen. Die Bankräuber fuhren weiter nach Bremen und entdeckten bei einem weiteren Autowechsel ihre Verfolger. Sie kaperten in der Folge einen Linienbus und nahmen die 30 Insassen als Geiseln. Einer der Geiselnehmer gab den anwesenden Journalisten sogar ein Interview. Auf dem Weg in Richtung den Niederlanden machte der Bus Halt an einer Raststätte. Die Freundin eines der Entführer ging mit einigen Geiseln zur Toilette und wurde dort von der Polizei überwältigt. Um die Freundin wieder frei zu bekommen tötete einer der Täter eine 14-jährige Geisel und

⁴² Vgl. <http://www.bpb.de/izpb/7543/wie-medien-genutzt-werden-und-was-sie-bewirken?p=all> 08.06.2015

⁴³ Vgl. <http://www.kfj.at/journalismus/vortraege/medien-und-journalismus-zwischen-macht-und-verantwortung-puerer/> 08.06.2015

hatte damit Erfolg. Die Freundin wurde von der Polizei wieder laufen gelassen. In den Niederlanden angekommen tauschten die Entführer den Linienbus wieder gegen ein Auto, ließen bis auf zwei junge Frauen alle Geiseln wieder frei und fuhren wieder über die Grenze in Richtung Köln. Dort kommt es dann zu einer „Pressekonferenz“ mit Medienvertretern. Die Täter beantworteten Fragen, gaben Interviews und posierten mit ihren Waffen für Fotografen. Auf Grund der großen Menschenansammlung um das Auto der Entführer herum, war ein Polizeizugriff nicht möglich. Doch damit noch nicht genug: einer der Reporter stieg in das Auto der Entführer ein und lotste die Verbrecher aus Köln heraus. An einer Raststätte, wo auch der Journalist wieder abgesetzt wurde griff die Polizei dann aber ein. Dabei konnte eine Geisel aus dem Auto fliehen, während die andere von einem der Geiselnnehmer erschossen wurde.⁴⁴

Im Rahmen des Geiseldramas haben die Medien einige Grenzen überschritten. Immer wieder agierten die Medien als Sprachrohr für die Geiselnnehmer und deren Forderungen. Mit der Verfolgung der Geiselnnehmer über die zwei Tage andauernde Flucht haben einige Pressevertreter, mit dem negativen Höhepunkt, dass ein Reporter sogar ins Auto der Entführer gestiegen ist und ihnen bei der Flucht geholfen hatte, die Arbeit der Polizei behindert und nicht zuletzt das Leben der Geiseln gefährdet. Der Presserat rügte später, dass es einige Journalisten gegeben habe, „die die Grenze ihres gesellschaftlichen Auftrags überschritten haben.“ Der Presserkodex wurde schließlich um den Eintrag „Interviews mit Tätern während des Tatgeschehens darf es nicht geben“ erweitert.⁴⁵

Ein drastisches Beispiel einer parteiischen und voreingenommenen Berichterstattung gibt es aktuell in der Bild-Zeitung zum Thema Griechenland. Die Bild rief dazu auf, sich mit einer Zeitungsseite, auf der ein großes „Nein“ stand, zu fotografieren und so den Protest gegen neue Griechenland-Hilfen Ausdruck zu verleihen. Die Bilder sollten anschließend an die Redaktion der Bild-Zeitung geschickt werden.⁴⁶ Diese Aktion lässt sich nicht mit journalistischen Grundsätzen vereinbaren. Zusätzlich wurden mit der im Artikel genannten Bezeichnung „gierige Griechen“ eine Vorverurteilung der griechischen Bevölkerung vollzogen und so auch Vorurteile geschürt. So sah das auch der Deutsche Journalisten Verband (DJV) und kritisierte Ende Februar 2015 die Kampagne der Bild-Zeitung gegen die Verlängerung der Griechenland-Hilfen.

⁴⁴ Vgl. <http://www1.wdr.de/themen/archiv/stichtag/stichtag3090.html> 22.06.2015

⁴⁵ Vgl. <http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/geiseldrama-von-gladbeck-das-sek-musste-gaffer-zurueckdraengen-12530498.html> 22.06.2015

⁴⁶ Vgl. <http://meedia.de/2015/02/26/umstrittene-protestaktion-bild-ruft-leser-zum-grexit-selfie-auf/> 08.06.2015



Abbildung 8: Griechenland-Kampagne der Bild-Zeitung

Die Aufgabe des Journalismus verbiete Kampagnen, die direkten Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen wollen, so DJV-Chef Michael Konken. Und weiter: „Das Boulevard-Medien eine andere Sprache und einen anderen journalistischen Stil pflegen, ist selbstredend. Die Selfie-Aktion von bild.de überschreitet aber die Grenzen zur politischen Kampagne.“⁴⁷

Auch am Journalismus der öffentlich-rechtlichen Rundfunksender gibt es Kritik. Im September 2014 kritisierte der ARD-Programmbeirat die Berichterstattung der ARD im Rahmen der Ukraine-Krise.⁴⁸ Der ARD-Programmbeirat hat die Aufgabe, die Zuschauerinteressen zu bündeln und sie gegenüber den Programmverantwortlichen zu vertre-

⁴⁷ <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-02/bundestag-anti-griechenland-selfie-kampagne>
08.06.2015

⁴⁸ Vgl. <http://www.heise.de/tp/artikel/42/42784/1.html> 09.06.2015

ten.⁴⁹ In einem Resümee zur Berichterstattung über die Ukraine heißt es, dass die Berichterstattung „teilweise den Eindruck der Voreingenommenheit erweckt hat und tendenziell gegen Russland und die russische Positionen gerichtet war.“⁵⁰ Des Weiteren bemängelte der Programmbeirat, dass „wichtige und wesentliche Aspekte nicht oder nur unzureichend“ in der Recherche beleuchtet worden sind, die aber „für ein Urteil über die Situation essentiell gewesen wären.“ Laut ARD-Programmbeirat wäre „eine gründlichere Recherche durch die politischen Redaktionen notwendig und hilfreich, für eine vollständige Hintergrundberichterstattung im Grunde unentbehrlich gewesen.“

4.3 Framing und Agenda-Setting

Dieses in den Vordergrund rücken von bestimmten Teilaspekten eines Themas und das Vernachlässigen von anderen Aspekten wird als Framing bezeichnet. Eine bestimmte Interpretation eines Themas wird dabei dem Nutzer nahegelegt. Die haben mitunter dann Probleme zu erkennen, ob das Thema aus einer bestimmten Sicht oder aber neutral betrachtet wird. Aktuelle Ereignisse in Zusammenhänge einzuordnen gehört zwar zu den Aufgaben des Journalismus. Allerdings gibt es dabei auch Möglichkeiten für eine beeinflussende oder einseitige Berichterstattung.⁵¹

Neben dem Framing gibt es noch eine weitere Möglichkeit, Einfluss auf die Meinungsbildung der Bevölkerung zu üben. Durch Agenda-Setting, also dem Aufgreifen von Themen und deren Umfang innerhalb der Berichterstattung bestimmen Medien die Themen, mit denen sich die Bevölkerung beschäftigt.⁵² Häufig wird diese Auswahl nach aufmerksamkeitssträchtigen Ereignismerkmalen bzw. so genannter Nachrichtenfaktoren wie z.B. die Personalisierung oder die Bevorzugung von Prominenten oder Elite-Personen getroffen. In der Regel überwiegt die Berichterstattung über negative Ereignisse wie Skandale, Konflikte oder Unglücksfälle.

Ebenfalls problematisch kann der Zwang einiger Medien sein, genügend Auflagen zu verkaufen (bei Printmedien) oder Einschaltquote zu haben (private Rundfunksender). Um sich zu finanzieren, müssen die Medien mit ihren Inhalten für möglichst viele Men-

⁴⁹ Vgl. <http://www.daserste.de/ueber-uns/organisation-struktur/ard-programmbeirat/ard-programmbeirat-arbeit-des-programmbeirates100.html> 09.06.2015

⁵⁰ http://www.heise.de/tp/artikel/42/42784/42784_1.pdf 09.06.2015

⁵¹ Vgl. <http://www.bpb.de/gesellschaft/medien/medienpolitik/171586/glossar?p=24> 09.06.2015

⁵² Vgl. <http://www.bpb.de/gesellschaft/medien/medienpolitik/171586/glossar?p=1> 09.06.2015

schen interessant sein. Dementsprechend kann es vorkommen, dass Inhalte und Überschriften mitunter sehr reißerisch formuliert und dramatisiert werden.⁵³

4.4 Medien als Aufklärer

Neben den bereits genannten Beispielen für schlechte journalistische Arbeit, gibt es natürlich auch gute. Einige Skandale wurden erst durch die Recherche und Berichterstattung der Medien bekannt.

4.4.1 Der Watergate-Skandal

Das vielleicht größte und bekannteste Ausmaß journalistischer Arbeit hat vermutlich der Watergate-Skandal. Am 17. Juni 1972 wurden in den USA fünf Einbrecher gefasst, als sie versuchten in das Hauptquartier der Demokratischen Partei im Washingtoner Watergate-Hotel einzubrechen und Abhörgeräte anzubringen. Einer dieser Einbrecher war James McCord, ein ehemaliger Agent der CIA und Sicherheitschef des Komitees für die Wiederwahl des Präsidenten. Das FBI fand heraus, dass zwei weitere Mitglieder dieses Komitees in den Einbruch verwickelt waren. Das Weiße Haus um Präsident Richard Nixon wies aber jede Beteiligung am Einbruch zurück. Die Präsidentschaftswahlen am 7. November 1972 blieben letztlich unberührt vom Watergate-Einbruch, Nixon gewann die Wahl.⁵⁴

Die beiden Lokalredakteure der Washington Post, Carl Bernstein und Bob Woodward gingen die Spur aber weiter. Sie glaubten, dass die Republikaner mit Wissen von Präsident Nixon und des Weißen Hauses eine Verschwörung gegen die Demokraten gestartet haben.⁵⁵ Auch als andere Medien kein Interesse mehr an der Berichterstattung über den Einbruch zeigten, berichteten Bernstein und Woodward weiter.⁵⁶ Das auch Dank des anonymen Informanten „Deep Throat“, der die Journalisten immer wieder mit Informationen und Tipps versorgte.⁵⁷ Mit Schweigegeldern für die Angeklagten und mit Hilfe der CIA, die das FBI bei den Ermittlungen unter dem Vorwand der nationalen Si-

⁵³ Vgl. <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/139163/funktionen-und-probleme?p=1> 09.06.2015

⁵⁴ Vgl. <http://www.zeit.de/1992/25/richard-nixon-und-die-watergate-affaere> 10.06.2015

⁵⁵ Vgl. <http://www.fr-online.de/politik/watergate-affaere-sie-brachten-nixon-zu-fall,1472596,16393232.html> 10.06.2015

⁵⁶ Vgl. <http://www.zeit.de/1992/25/richard-nixon-und-die-watergate-affaere/seite-3> 10.06.2015

⁵⁷ Vgl. <http://www.fr-online.de/politik/watergate-affaere-sie-brachten-nixon-zu-fall,1472596,16393232.html> 10.06.2015

cherheit behinderte, sollten jegliche Verbindungen zum Weißen Haus und dem Präsidenten verwischt werden.⁵⁸ Die Aufdeckung von Verwicklungen von engen Mitarbeitern von Nixon konnte so aber nicht verhindert werden. So wurden sein Wahlkampfdirektor John Mitchell, sein Stabschef Bob Haldemann, sein Berater John Ehrlichman und zahlreiche weitere Mitarbeiter im Laufe der Zeit angeklagt,⁵⁹ die Anhörungen vom Fernsehen übertragen.⁶⁰ Während dieser Anhörungen stellte sich heraus, dass jegliche Gespräche im Oval Office mit einer versteckten Abhöranlage aufgezeichnet wurden. Da der damalige Sonderermittler auf die Herausgabe der Tonbänder bestand, forderte Nixon dessen Entlassung, aber Justizminister Richardson weigerte sich und trat zurück.⁶¹

Der Oberste Gerichtshof der USA ordnete schließlich am 24. Juli die vollständige Herausgabe der Tonbänder an den Justizausschuss des Repräsentantenhauses. Am 5. August kam Nixon dem nach und veröffentlichte ein Gespräch mit seinem damaligen Staatschef Haldeman, der eindeutig bestätigte, dass Nixon selbst die Verschleierung angeordnet hatte.⁶² Im Kongress verlor Nixon schließlich die Unterstützung aus seiner eigenen Partei und kam dem Amtsenthebungsverfahren zuvor. Er trat als erster und auch nach wie vor einziger Präsident während seiner Amtszeit zurück.⁶³

Letztendlich waren also die beiden Lokaljournalisten Carl Bernstein und Bob Woodward mit ihrer Hartnäckigkeit dafür mitverantwortlich, dass der Skandal rund um Präsident Richard Nixon aufgedeckt werden konnte. Für ihre journalistische Arbeit bekamen sie auch den Pulitzer-Preis.⁶⁴

4.4.2 Woolrec

Auf der Suche nach guten, investigativen Journalismus wird man aber auch in Deutschland fündig. Die Reporter Jaqueline Paul und Kamil Taylan haben drei Jahre lang über die mittelhessische Recyclingfirma Woolrec in Braunsfeld-Tiefenbach recher-

⁵⁸ Vgl. <http://www.zeit.de/1992/25/richard-nixon-und-die-watergate-affaere/seite-3> 10.06.2015

⁵⁹ Vgl. <http://www.fr-online.de/politik/watergate-affaere-sie-brachten-nixon-zu-fall,1472596,16393232.html> 10.06.2015

⁶⁰ Vgl. <http://www.zeit.de/1992/25/richard-nixon-und-die-watergate-affaere/seite-3> 10.06.2015

⁶¹ Vgl. <http://www.zeit.de/1992/25/richard-nixon-und-die-watergate-affaere/seite-4> 10.06.2015

⁶² Vgl. <http://www.zeit.de/1992/25/richard-nixon-und-die-watergate-affaere/seite-5> 10.06.2015

⁶³ Vgl. <http://www.fr-online.de/politik/watergate-affaere-sie-brachten-nixon-zu-fall,1472596,16393232.html> 10.06.2015

⁶⁴ Vgl. <http://www.fr-online.de/politik/watergate-affaere-sie-brachten-nixon-zu-fall,1472596,16393232.html> 10.06.2015

chiert und einen Umweltskandal aufgedeckt.⁶⁵ Sondermüll aus ganz Deutschland wurde nach Braunfels-Tiefenbach gebracht, um dort zu einem harmlosen Produkt zur Verbesserung der Wärmedämmung von Ziegeln umgewandelt zu werden.⁶⁶ Die hr-Reporter wiesen nach, dass es sich bei diesem Konzept, der Verarbeitung des Sondermülls bis hin zum Endprodukt um eine Lüge handelte. Die Stoffe waren nach wie vor schädlich.⁶⁷ Dabei wurde diese Geschäftsidee zuvor mit dem Hessischen Gründerpreis ausgezeichnet und vom Bundesumweltministerium mit über 300.000 Euro gefördert.

Die Reporter gingen den Befürchtungen der Tiefenbacher Bevölkerung nach, dass Mineralfasern durch den Ort flogen und für Rötungen auf der Haut und sogar Krebs verantwortlich sein könnten.⁶⁸ Dabei stellte sich nicht nur heraus, dass von Woolrec nicht konform mit dem Sondermüll umgegangen wurde, sondern auch, dass das Endprodukt noch giftig ist. Dazu wurde vom hr ein Gutachten in Auftrag gegeben. Sowohl die Firma Woolrec, als auch das zuständige Regierungspräsidium Gießen widersprachen mit eigenen Gutachten eben jenem. Pikant dabei: der Mitbegründer der Firma Woolrec, Dr. Stefan Gäth führte diese Gutachten im Auftrag des Regierungspräsidium durch.⁶⁹

Es kam dann aber doch noch zur Schließung der Firma Woolrec. Allerdings nur wegen eines Lochs in der Außenwand des Betriebes.⁷⁰ Nun wurden auch giftige Dioxine am Firmensitz gefunden. Das war das endgültige Aus des Betriebs.⁷¹

⁶⁵ Vgl. http://www.hr-online.de/website/fernsehen/sendungen/index.jsp?rubrik=46670&key=standard_document_55607989&xtmc=Woolrec&mtype=d&xtcr=1 11.06.2015

⁶⁶ Vgl. http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=36090&mtype=d&xtcr=34&xtmc=Woolrec&key=standard_document_52973505 11.06.2015

⁶⁷ Vgl. http://www.hr-online.de/website/fernsehen/sendungen/index.jsp?rubrik=46670&key=standard_document_55607989&xtmc=Woolrec&mtype=d&xtcr=1 11.06.2015

⁶⁸ Vgl. <http://www.fnp.de/rhein-main/Gift-im-Ort:art801,256152> 11.06.2015

⁶⁹ aus: hessenreporter: Die Recycling-Lüge (14.09.2014)

⁷⁰ Vgl. http://www.hr-online.de/website/fernsehen/sendungen/index.jsp?rubrik=77673&key=standard_document_46777191&xtmc=Woolrec&mtype=d&xtcr=38 11.06.2015



Abbildung 9: Das ehemalige Recyclingunternehmen Woolrec, Foto: Arne Dedert, dpa

Im Dezember 2014 erhob die Staatsanwaltschaft Gießen Anklage gegen den ehemaligen Chef der Firma Woolrec, Edwin Fritsch, sowie einen Gutachter.⁷² Die Reporter Jaqueline Paus und Kamil Taylan wurde für ihre investigative Arbeit und die dazugehörige Dokumentation „Die Recycling-Lüge“ von CIRCOM ausgezeichnet. Hier haben sich 378 Fernsehsender aus 38 europäischen Ländern zusammengeschlossen.⁷³

⁷¹ Vgl. <http://www.fr-online.de/rhein-main/aus-fuer-woolrec-lehren-aus-dem-fall-woolrec,1472796,21693812.html> 11.06.2015

⁷² http://www.hronline.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=36090&mtype=d&xtr=6&xtrc=Woolrec&key=standard_document_53879095 11.06.2015

⁷³ Vgl. http://www.hronline.de/website/derhr/home/presse_meldung_einzel.jsp?rubrik=54987&key=presse_lang_55486139&xtrc=Woolrec&mtype=d&xtr=4 11.06.2015

4.5 Politische Einflussnahme auf Berichterstattung

Medien und deren Berichterstattung sind natürlich auch für die Politik von großer Bedeutung. Schließlich beeinflussen Medien die politische Meinungsbildung der Bevölkerung. Da besteht natürlich die Gefahr, dass die Politik versucht, Einfluss auf Berichterstattungen der Medien und auf die Medien selbst zu nehmen. Auch hierzu gab es in der Vergangenheit bekanntgewordene Fälle.

Im Frühjahr 2010 war der Vertrag des damaligen ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender ausgelaufen. Bei der nötigen Abstimmung des Verwaltungsrates gab es mit sieben zu sieben Stimmen ein Patt. Für eine Verlängerung des Vertrages wären neun Stimmen nötig gewesen. Pikant dabei: Bereits im Frühjahr 2009 hatte Hessens damaliger Ministerpräsident Roland Koch öffentlich ausgesagt, dass er den Vertrag mit Brender nicht verlängern wolle.⁷⁴ Dem 14-köpfigen Gremium wird dabei vorgeworfen, dass es mehrheitlich mit aktiven und ehemaligen Politikern, wie beispielsweise Roland Koch (CDU), Edmund Stoiber (CSU), und Kurt Beck und Matthias Platzeck (beide SPD) besetzt ist. Dabei gehöre der CDU mit 9 konservativen Vertretern die Mehrheit.⁷⁵ Zwar wurde die Nichtverlängerung des Vertrages mit der schwachen Quote bei den Nachrichtensendungen begründet, allerdings könnte auch die Unabhängigkeit Brenders der Grund gewesen sein. Er hatte sich gegen parteipolitische Einflussversuche konsequent widersetzt.⁷⁶ Während seiner Zeit als Chefredakteur habe es sowohl von CDU/CSU als auch SPD Beeinflussungsversuche gegeben, wie er dem freien Journalisten Jörg Wagner in einem Videointerview schilderte.⁷⁷

Das Bundesverfassungsgericht erklärte im März 2014 mehrere Stellen des ZDF-Staatsvertrags für nicht mit dem Grundgesetz vereinbar und damit den Einfluss des Staates als zu groß. Der Anteil staatlicher und staatsnaher Mitglieder in den Gremien des ZDF wurde auf ein Drittel begrenzt.⁷⁸

⁷⁴ Vgl. <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/entscheidung-des-verwaltungsrats-zdf-chefredakteur-brender-muss-gehen-a-663847.html> 13.06.2015

⁷⁵ Vgl. <http://www.tagesspiegel.de/medien/medienpolitik-beim-zdf-der-fall-brender-schwarz-schlaegt-rot/7365422.html> 13.06.2015

⁷⁶ Vgl. <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/entscheidung-des-verwaltungsrats-zdf-chefredakteur-brender-muss-gehen-a-663847.html> 13.06.2015

⁷⁷ Aus: <https://youtu.be/Xp-meVg4BE0> 13.06.2015

⁷⁸ Vgl. <http://www.spiegel.de/kultur/tv/verfassungsgericht-klage-gegen-zdf-staatsvertrag-a-960571.html> 13.06.2015

Die nachfolgende Grafik zeigt die Zusammensetzung der drei ZDF-Gremien vor dem Gerichtsurteil. Jetzt müssen jedem staatlichen und staatsnahen Mitglied mindestens zwei staatsferne Mitglieder gegenüberstehen. Bis zum Urteil waren 44 Prozent der 77 Fernsehräte dem Staat zuzurechnen.⁷⁹

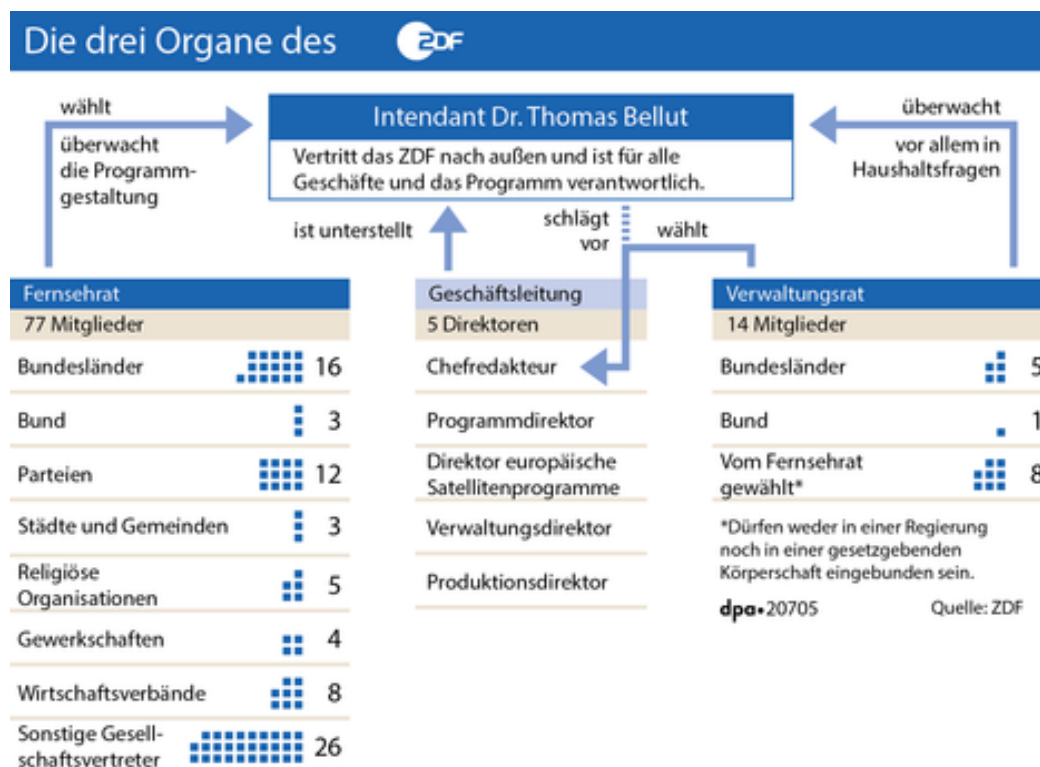


Abbildung 10: Die drei Organe des ZDF vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, Quelle: ZDF

Der neue ZDF-Staatsvertrag wurde am 18. Juni 2015 von den jeweiligen Ministerpräsidenten der 16 Bundesländer unterschrieben. Mit diesem neuen Staatsvertrag hat sich die Anzahl der Mitglieder im Fernsehrat von bisher 77 auf nun 60 Mitglieder verringert. Von diesen 60 Sitzen entfallen 20 statt bisher 34 an Vertreter aus der Politik. Die restlichen Sitze werden von Verbänden und Organisationen sowie von Vertretern aus gesellschaftlichen Gruppen besetzt. Auch im Verwaltungsrat gibt es eine Veränderung. Die Anzahl der Mitglieder wurde um zwei auf zwölf verringert.⁸⁰

⁷⁹ Vgl. <http://www.haz.de/Nachrichten/Medien/Fernsehen/Wem-gehoert-das-ZDF> 14.06.2015

⁸⁰ Vgl. <http://www.heute.de/neuer-zdf-staatsvertrag-unterzeichnet-entscheidung-ueber-mehreinnahmen-vertrag-38934368.html> 21.06.2015

Im Jahr 2012 gab es einen weiteren bekannten Beeinflussungsversuch durch die Politik. Der damalige CSU-Pressesprecher Hans Michael Strepp hatte bei der heute-Redaktion des ZDF angerufen, um eine Berichterstattung über den SPD-Landesparteitag zu verhindern. Der ARD soll er eine dementsprechende SMS geschrieben haben. Das ZDF strahlte den Beitrag aber trotzdem aus und machte den Beeinflussungsversuch öffentlich.⁸¹ Strepp gab zwar den Anruf zu, dementierte aber eine versuchte Einflussnahme.⁸² Strepp trat trotzdem von seinem Amt zurück.

⁸¹ Vgl. <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/einflussnahme-die-empowerung-beim-zdf-ist-scheinheilig/7300512.html> 13.06.2015

⁸² Vgl. <http://www.taz.de/!5080801/> 13.06.2015

5 Gesetzliche Rahmenbedingungen

Der bereits in Kapitel eins aufgeführte fünfte Artikel des Grundgesetzes bildet die Grundlage der Presse in Deutschland. Demnach hat Jeder das Recht, seine Meinung frei zu äußern und zu verbreiten. Hinzu kommt auch die Garantie, dass es freien Zugang zu den Medien gibt. Neben den in Kapitel 1.2 genannten Regelungen im Rundfunkstaatsvertrag und dem Pressekodex, gibt es weitere Rahmenbedingungen, an die sich Medien bei ihrer Berichterstattung halten müssen. So schränkt bereits der zweite Absatz des fünften Artikels des Grundgesetzes die Pressefreiheit etwas ein.⁸³ Hier heißt es:

„(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.“⁸⁴

5.1 Recht der persönlichen Ehre

Demnach ist das Recht der persönlichen Ehre ein Einschränkungsground der freien Meinungsäußerung. Die Paragraphen 185ff. des Strafgesetzbuches (StGB) verbieten beleidigende Äußerungen oder die „üble Nachrede“. Diese besagt, dass unwahre Tatsachen nicht behauptet oder verbreitet werden dürfen, die das Ansehen der betroffenen Person schädigen. Im Fall der Medien, also der Veröffentlichung in Schriftform oder über Ton- und Bildträger, Datenspeicher, Abbildungen und andere Darstellungen, wird die Tat mit einer Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren geahndet.⁸⁵ Der §193 StGB enthält aber auch einen Rechtfertigungstatbestand für die Medien. Demnach handeln Medien „nicht rechtswidrig, sofern sie mit der Berichterstattung ein ernsthaftes öffentliches Informationsinteresse verfolgen und die im Einzelfall erforderliche medienrechtliche Sorgfalt beachten.“⁸⁶

Mit bis zu fünf Jahren Haft oder mit Geldstrafe wird die Verleumdung bestraft. In diesem Fall wird trotz besseren Wissens eine unwahre Tatsache behauptet oder verbreitet.⁸⁷ Eine besondere Regelung gibt es in Bezug auf Personen des politischen Lebens.

⁸³ Vgl. Artikel 5 Absatz 1 GG

⁸⁴ Artikel 5 Absatz 2 GG

⁸⁵ Vgl. §186 StGB

⁸⁶ Paschke, Marian (2009): Medienrecht, S.317

⁸⁷ Vgl. „187 StGB

Der erhöhte Schutz dieser werde dadurch begründet, „dass sie durch ihre ständige Medienpräsenz in erhöhtem Maße Verletzungen ausgesetzt“⁸⁸ seien. Dennoch erlaubt §193 StGB „tadelnde Urteile“ und Kritik, wenn die Medien ihrer öffentlichen Aufgabe nachkommen und im Sinne des Informationsinteresses der Öffentlichkeit handeln.⁸⁹ Das Recht der persönlichen Ehre ist dabei ein Element des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, dass sich aus Artikel 2 Absatz 1 Grundgesetz in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz ergibt⁹⁰ und 1954 vom Bundesgerichtshof entwickelt.⁹¹

5.2 Schutz der privaten Lebensgestaltung

Ein weiterer Bestandteil des allgemeinen Persönlichkeitsrechts ist der Schutz des Kernbereichs der privaten Lebensgestaltung. Hier wird zwischen vier Sphären unterschieden.

1. Öffentlichkeitsphäre: ist der Bereich, „in dem sich eine Person bewusst der Öffentlichkeit zuwendet und sich bewusst öffentlich äußert.“⁹² Sie unterliegt von allen Sphären dem geringsten Schutz.⁹³
2. Sozialsphäre: umfasst den Bereich des Lebens, in dem Menschen miteinander sozial interagieren. Eine Berichterstattung über diesen Teilbereich ist hinzunehmen, sofern nicht der Persönlichkeitsschutz im Einzelfall überwiegt.⁹⁴
3. Privatsphäre: betrifft hauptsächlich Lebensbereiche, die vor der Öffentlichkeit verborgen und nur für bestimmte Personen zugänglich sein sollen (werden von Artikel 10 und 13 des Grundgesetzes definiert)⁹⁵. Eine Berichterstattung über das Privatleben ist nur zulässig, wenn das öffentliche Interesse dem Geheimhaltungsinteresse des Betroffenen überwiegt⁹⁶ und es sich bei der Person um eine Person des öffentlichen Le-

⁸⁸ Paschke, Marian (2009): Medienrecht, S. 316

⁸⁹ Paschke, Marian (2009): Medienrecht, S. 317

⁹⁰ Vgl. <http://www.rechtsanwalt-gessner-berlin.de/das-allgemeine-persoennlichkeitsrecht-und-seine-verschiedenen-facetten-medienrecht/> 16.06.2015

⁹¹ Vgl. <http://www.juraforum.de/lexikon/allgemeines-persoennlichkeitsrecht> 16.06.2015

⁹² <http://www.journalistenkolleg.de/lexikon-journalismus/oeffentlichkeitssphaere> 16.06.2015

⁹³ Vgl. <http://www.journalistenkolleg.de/lexikon-journalismus/oeffentlichkeitssphaere> 16.06.2015

⁹⁴ Vgl. <http://www.journalistenkolleg.de/lexikon-journalismus/sozialsphaere> 16.06.2015

⁹⁵ Vgl. <http://www.journalistenkolleg.de/lexikon-journalismus/privatsphaere> 16.06.2015

⁹⁶ Vgl. <http://www.juraserv.de/medienrecht/das-allgemeine-persoennlichkeitsrecht-apr-01002/schutz-d-privat-und-intimsphaere> 16.06.2015

bens handelt. Um als solche zu gelten, muss sie „durch Amt, Fähigkeiten, Rang oder Taten öffentliches Aufsehen erregen.“⁹⁷

4. Intimsphäre: ist die „innere Gedanken- und Gefühlswelt sowie der Sexualbereich.“⁹⁸ Ein Eindringen in diesen Lebensbereich ist durch kein anderes Grundrecht zu rechtfertigen.⁹⁹

5.3 Das Recht am eigenen Bild

Die Paragraphen 22, 23, 24 und 33 des Kunsturhebergesetzes (KunstUrhG) bilden die Grundlage für das Recht am eigenen Bild. Die Entstehung des KunstUrhG hängt mit einem Vorfall vom 31. Juli 1898 zusammen. Zwei Hamburger Fotografen drangen in das Sterbezimmer von Otto von Bismarck ein und machten Fotos von dessen Leichnam.¹⁰⁰ Demnach dürfen Bildnisse laut § 22 „nur mit Einwilligung des Abgebildeten verbreitet oder öffentlich zur Schau gestellt werden.“¹⁰¹ Eine Einwilligung gilt als erteilt, wenn eine Person ihren Willen durch Worte oder durch konkludentes, also schlüssiges Verhalten ausdrückt.¹⁰² Laut einem Urteil des Oberlandesgerichts Hamburg vom 28. Juni 2011 muss dem Abgebildeten Zweck, Art und Umfang der geplanten Veröffentlichung bekannt sein, um konkludent einzuwilligen. Dabei sei nicht entscheidend, ob „der Abgebildete im Zusammenhang mit einem bestimmten Ereignis rechnen konnte oder musste.“¹⁰³ Eine Einwilligung zur Veröffentlichung bedarf es laut § 22 in vier Fällen nicht.

1. Bei Bildnissen aus dem Bereich der Zeitgeschichte. Dazu muss nicht ein zeitgeschichtlicher Vorgang auf dem Foto sein. Es ist ausreichend, wenn die Person auf dem Foto von zeitgeschichtlicher Bedeutung ist.¹⁰⁴
2. Bei Bildern von Landschaften oder Örtlichkeiten, auf denen Personen nur als Beiwerk abgebildet sind.

⁹⁷ Vgl. <http://www.journalistenkolleg.de/lexikon-journalismus/person-des-oeffentlichen-lebens> 16.06.2016

⁹⁸ Vgl. <http://www.journalistenkolleg.de/lexikon-journalismus/intimsphaere> 16.06.2015

⁹⁹ Vgl. <http://www.juraserv.de/medienrecht/das-allgemeine-persoeneichkeitsrecht-apr-01002/schutz-d-privat-und-intimsphaere> 16.06.2015

¹⁰⁰ Paschke, Marian (2009): Medienrecht, S. 319-320

¹⁰¹ § 22 KunstUrhG

¹⁰² Vgl. <http://recht-abc.info/konkludentes-verhalten/> 15.06.2015

¹⁰³ <http://www.jurpc.de/jurpc/show?id=20110141> 15.06.2015

¹⁰⁴ Vgl. <http://www.juraforum.de/forum/t/das-recht-am-eigenen-bild-im-ueberblick.187423/> 15.06.2015

3. Bilder von Versammlungen, Aufzügen oder ähnlichen Vorgängen
4. Wenn das Bild einem höheren Interesse der Kunst dient und nicht auf Bestellung angefertigt wurde.

5.3.1 Die Caroline-Urteile

Caroline von Hannover ging Mitte der 1990er-Jahre gegen die Veröffentlichung von Fotos, die sie alleine, gemeinsam mit dem Schauspieler Vincent Lindon, ihren Kindern oder Unbeteiligten zeigte, gerichtlich vor. Im Dezember 1995 entschied der Bundesgerichtshof, dass die Veröffentlichung der Bilder zulässig sei, da es sich bei Caroline von Hannover als ältere Schwester des regierenden Fürsten von Monaco um eine Person der Zeitgeschichte handele. Ausnahme war ein Bild, auf dem Caroline mit Vincent Lindon während des Besuches eines Gartenlokals zu sehen war.¹⁰⁵

Prinzessin Caroline klagte daraufhin vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Urteil des BGH. Das Bundesverfassungsgericht entschied, dass das Urteil des Bundesgerichtshofes Caroline in ihrem Grundrecht „bezüglich dreier [...] veröffentlichter Bilder [...], die die Beschwerdeführerin mit ihren Kindern zeigen“ verletze. Die restlichen veröffentlichten Fotos würden nicht die geschützte Privatsphäre betreffen, da die Fotos an „jedermann zugänglichen Orten der Öffentlichkeit“ gemacht worden wären. „Als Person der Zeitgeschichte müsse die Beschwerdeführerin es hinnehmen, daß die Allgemeinheit ein berechtigtes Interesse daran habe zu erfahren, wo sie sich aufhalte und wie sie sich in der Öffentlichkeit gebe, sei es beim Einkaufen auf dem Marktplatz, in einem Café, bei sportlicher Betätigung oder sonstigen Tätigkeiten.“¹⁰⁶

Auch gegen dieses Urteil ging Caroline von Hannover juristisch vor und rief den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) an. Dieser sah bei den veröffentlichten Bildern einen Verstoß gegen Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der das Recht auf Privatleben schützt. Da die Fotos den privaten Bereich abgebildet hätten, würden diese nach Meinung des EGMR „keinen Beitrag zu einer Debatte von öffentlichem oder politischem Interesse“ leisten.¹⁰⁷ Damit widersprach dieses Urteil der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsge-

¹⁰⁵ Vgl. BGH, VI TR 15/95, 19. Dezember 1995

¹⁰⁶ Vgl. BVerfG, 1 BvR 653/96, 15. Dezember 1999

¹⁰⁷ Vgl. <http://rsw.beck.de/cms/?toc=MMR.ARC.200409&docid=125998> 17.06.2015

richts, nach der Personen der Zeitgeschichte die Veröffentlichung von Fotos mit kleinen Einschränkungen auch ohne ihre Einwilligung hinzunehmen hatten.¹⁰⁸

Im Jahr 2007 urteilte der Bundesgerichtshof (BGH) erneut über eine Klage von Caroline von Hannover. In diesem Verfahren folgte der BGH der Argumentation des EGMR und verbot zwei veröffentlichte Bilder, die der BGH als "in Ermangelung eines objektiven Informationswertes unzulässig" bewertete. Im dritten Fall wurde ein Foto wegen der dazugehörigen Textinformation für zulässig befunden. Gleichzeitig wurde die Unterscheidung zwischen absoluter und relativer Person der Zeitgeschichte quasi aufgehoben. Absolute Personen der Zeitgeschichte, die schon auf Grund ihres Status und ihres allgemeinen öffentlichen Ansehen von öffentlichen Interesse waren, also Politiker, Sportler oder Adlige, mussten bisher prinzipiell die Berichterstattung der Presse hinnehmen, während über relative Personen der Zeitgeschichte nur im Zusammenhang mit einem bestimmten Ereignis für die Berichterstattung berichtet werden durfte. Nun wiege laut BGH „der Persönlichkeitsschutz umso schwerer, je geringer der Informationsgehalt“ einer Berichterstattung ist.¹⁰⁹ So müsse die Berichterstattung einen Sachgehalt beitragen, „der über die Befriedigung bloßer Neugier hinausgeht.“¹¹⁰

Zuvor hatten die Vorinstanzen unterschiedlich geurteilt. Am 1. Juli 2005 gab das Landgericht Hamburg den Klagen von Caroline von Hannover und ihrem Mann Recht. Das Oberlandesgericht Hamburg gab jedoch den betroffenen Verlagen Recht, wies die Klage zurück und begründete dies mit der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.¹¹¹

¹⁰⁸ Vgl. <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/neues-caroline-urteil-mehr-paparazzi-schutz-fuer-prominente-a-470243.html> 17.06.2015

¹⁰⁹ Vgl. <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/caroline-urteil-die-neue-relativitaets-theorie-des-bgh-a-470271.html> 17.06.2015

¹¹⁰ Vgl. <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/neues-caroline-urteil-mehr-paparazzi-schutz-fuer-prominente-a-470243.html> 17.06.2015

¹¹¹ Vgl. <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/neues-caroline-urteil-mehr-paparazzi-schutz-fuer-prominente-a-470243.html> 17.06.2015



Abbildung 11: Caroline von Hannover, Quelle: Getty Images

Letztlich hatte die Klage von Caroline von Hannover weitreichende Folgen. Von nun an muss bei privaten Aktivitäten von Personen ein „sachliches Informationsinteresse der Allgemeinheit“ bestehen, damit eine Berichterstattung zulässig ist. Die bloße Neugier reicht dafür nicht aus. Zu privaten Aktivitäten würden Dinge wie Einkäufe, Arztbesuche und Freizeitaktivitäten gehören. Der BGH hat in Fallgruppen Hinweise darauf geliefert, wann eine Berichterstattung einen hinreichenden Sachverhalt besitzt. So liege dieser in der Regel „bei einem Fehlverhalten von Prominenten vor“ oder wenn „das Verhalten des Prominenten in Widerspruch steht zu dem „Image“, mit dem er sich der Öffentlichkeit präsentiert.“¹¹²

5.4 Abwägung von Rundfunkfreiheit und Persönlichkeitsrecht

Eine erste Abwägung von Rundfunkfreiheit und Persönlichkeitsrecht traf das Bundesverfassungsgericht am 5. Juni 1973 im sogenannten Lebach-Urteil.¹¹³ Das ZDF hatte einen Film über den Soldatenmord von Lebach gedreht.

¹¹² Vgl. <http://journalistik-journal.lookingintomedia.com/?p=57> 17.06.2015

¹¹³ Vgl. BVerfGE 35, 202 - Lebach

In der Nacht zum 20. Januar 1969 wurde ein Munitionsdepot der Lebacher Fallschirmjäger von zwei bewaffneten Männern überfallen. Dabei schossen diese auf fünf Soldaten. Drei von ihnen starben, zwei wurden lebensgefährlich verletzt und von ihrer Wachablösung aufgefunden. Wenige Tage später verstarb einer der schwerverletzten Soldaten. Die Täter entwendeten drei Gewehre, zwei Pistolen, eine Kiste Munition und das Wachbuch.¹¹⁴

Für die Ermittlungen wurde eine Sonderkommission mit bis zu 130 Beamten gegründet, die fast 2.500 Einzelspuren verfolgte. Zunächst wurde von einem terroristischen Hintergrund ausgegangen. Drei Monate nach der Tat berichtete Aktenzeichen XY ungelöst über den Fall. Zwei Medienhäuser bekamen Bekennerbriefe zum Überfall auf das Munitionsdepot in Lebach, in denen mit weiteren Anschlägen durch eine angeblich mafiöse Gruppierung gedroht und 800.000 Mark gefordert wurden.

Im Mai 1969 wurden drei Täter verhaftet. Während zwei Männer der Überfall vorgeworfen wurde, wurde der dritte wegen Beihilfe zum Mord angeklagt. Wegen des großen Zuschauer- und Medienandrangs, zwischenzeitlich berichteten mehr als 100 Reporter über den Mord, musste der Strafprozess vom Sitzungssaal in die „Kongresshalle“ in Saarbrücken ausweichen. Die beiden Hauptangeklagten wurden vom Gericht zu lebenslanger Haft, ihr Helfer zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt.¹¹⁵ Hintergrund der Tat war, dass die drei Männer mit Waffengewalt Geld für ein gemeinsames Leben im Ausland erpressen wollten.¹¹⁶

¹¹⁴ Vgl. <http://www.sol.de/titelseite/topnews/Lebach-Soldaten-Ermittlungen-Verbrechen-tot-Polizei-Lebacher-Soldatenmord-jaehrt-sich-heute;art26205,2849626> 16.06.2015

¹¹⁵ Vgl. <http://www.saarbruecker-zeitung.de/abfall/mediathek-test/storys/Jahrestag;art26485,2768197,0> 16.06.2015

¹¹⁶ Vgl. <http://www.sol.de/titelseite/topnews/Lebach-Soldaten-Ermittlungen-Verbrechen-tot-Polizei-Lebacher-Soldatenmord-jaehrt-sich-heute;art26205,2849626> 16.06.2015

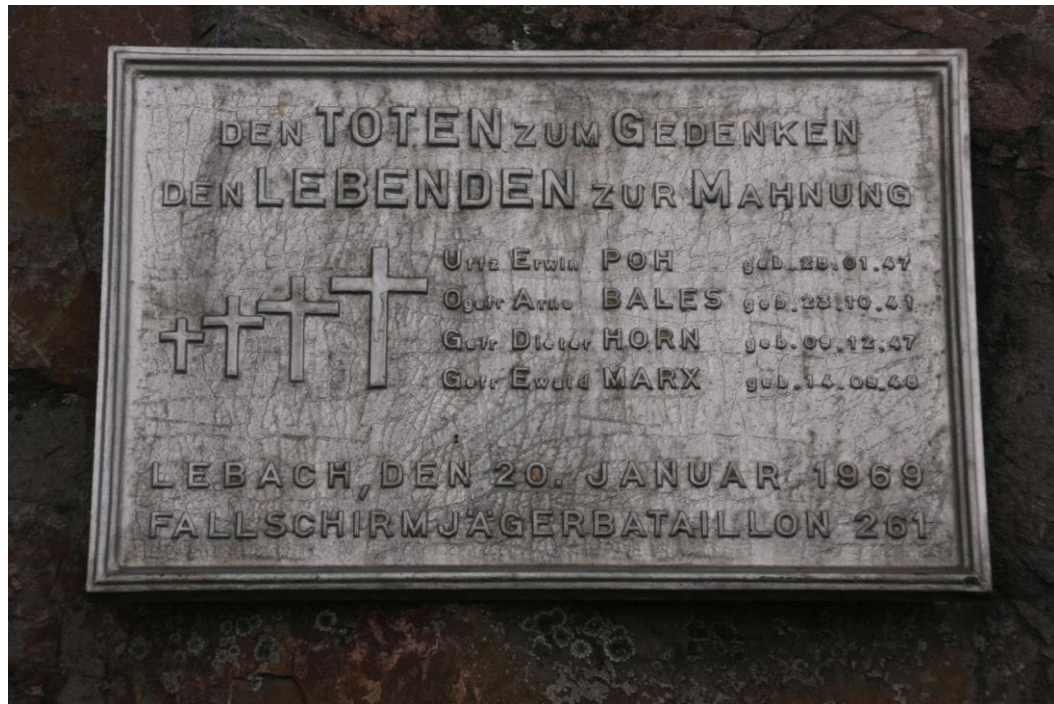


Abbildung 12: Gedenktafel zum Mord an die Lebacher Soldaten, Quelle: goruma (B. Ramm)

Gegen die Verfilmung dieser Geschichte wollte der zu sechs Jahren Haft verurteilte Täter eine einstweilige Verfügung erwirken. Diese wurde zunächst vom Landgericht Mainz und dem Oberlandesgericht Koblenz abgelehnt. Der Mittäter legte schließlich Verfassungsbeschwerde ein und bekam vom Bundesverfassungsgericht Recht. Zwar verdiene „die aktuelle Berichterstattung über Straftaten das Informationsinteresse im Allgemeinen den Vorrang“¹¹⁷, allerdings sei die Öffentlichkeit „hierüber hinreichend informiert worden“, sodass sich „darüber hinausgehende fortgesetzte oder wiederholte Eingriffe in den Persönlichkeitsbereich des Täters in der Regel nicht rechtfertigen“ und eine „erneute soziale Sanktion“ nicht verhängen lasse.¹¹⁸ So bekam der Resozialisierungsgedanke erstmals Verfassungsvorrang.¹¹⁹

¹¹⁷ BVerfGE 35, 202 - Lebach

¹¹⁸ BVerfGE 35, 202 - Lebach

¹¹⁹ Vgl. <http://www.saarbruecker-zeitung.de/abfall/mediathek-test/storys/Jahrestag:art26485,2768197,0>
16.06.2015

5.5 Jugendschutz

Eine weitere Einschränkung der Medien ergibt sich durch den Jugendschutz. Der §131 StGB verbietet die für minderjährige Personen zugängliche „grausame oder unmenschliche“ Schilderung von Gewalttätigkeiten.¹²⁰ In Bezug auf den Rundfunk und Telemedien regelt der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag den Schutz von Jugendlichen. Der Vertrag zwischen den 16 Bundesländern soll für einen einheitlichen Schutz von Kindern und Jugendlichen vor entwicklungs- und erziehungsbeeinträchtigenden oder gefährdenden Angeboten sorgen. Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) definiert u.a. unzulässige (§ 4 JMStV) und entwicklungsbeeinträchtigende Angebote (§ 5 JMStV), regelt den Jugendschutz in Werbung und Teleshopping (§ 6 JMStV) und legt die erlaubten Sendezeiten (§ 8 JMStV) fest.

¹²⁰ §193 StGB

6 Der Schutz des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs

Neben den bereits aufgeführten Gesetzen und Richtlinien muss auch der Schutz des Lebens- und Geheimbereichs bei der medialen Berichterstattung beachtet werden. Im besonderen Teil des Strafgesetzbuches (StGB) befasst sich der 15. Abschnitt mit der „Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs und somit mit dem Kernbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrecht. Diese Vorschriften gelten sowohl bei der Informationsbeschaffung als auch der Informationsverbreitung der Medien.“¹²¹ Alle im Folgenden genannten Straftatbestände gegen den persönlichen Lebens- und Geheimbereich werden nur verfolgt, wenn ein entsprechender Strafantrag gestellt wird. Eine Ausnahme gilt, wenn ein besonderes öffentliches Interesse an der Strafverfolgung von Amtswegen besteht. Wenn der Geschädigte stirbt, kann das Antragsrecht im Einzelfall auf die Angehörigen übergehen.¹²²

6.1 Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes

Demnach ist laut § 201 StGB das Aufnehmen des nichtöffentlich gesprochenen Wortes¹²³ genauso strafbar wie das Gebrauchen und das Weitergeben an einen Dritten.¹²⁴ Das Wort gilt als nichtöffentlich, wenn es an einen durch persönliche Beziehungen verbundenen Personenkreis gerichtet ist.“¹²⁵ Aufnahmen von Gesprächen dürfen nur gemacht werden, wenn eine Einwilligung vorliegt.¹²⁶

In Absatz 2 wird auch das Abhören von nichtöffentlichen Wörtern mithilfe eines Abhörgeräts und das veröffentlichen im genauen Wortlaut oder dem wesentlichen Inhalt nach unter Strafe gesetzt.¹²⁷ Voraussetzung dafür sei, dass „die öffentliche Mitteilung geeignet ist, berechnete Interessen eines anderen zu beeinträchtigen.“ Eine Ausnahme gilt, „wenn die öffentliche Mitteilung zur Wahrnehmung überragender öffentlicher Interessen

¹²¹ Paschke, Marian (2009): Medienrecht, S. 443

¹²² § 205 Abs. 1 und 2 StGB

¹²³ § 201 Abs. 1 Nr. 1 StGB

¹²⁴ § 201 Abs. 1 Nr. 2 StGB

¹²⁵ Rau, Daniel (2013): Rechtlich und ethisch verantwortungsvolle Kriminalberichterstattung – Eine Analyse anhand der Spruchpraxis des Deutschen Presserats, S. 98-99

¹²⁶ Vgl. Rau, Daniel (2013): Rechtlich und ethisch verantwortungsvolle Kriminalberichterstattung – Eine Analyse anhand der Spruchpraxis des Deutschen Presserats, S. 98

¹²⁷ § 201 Abs. 2 Nr. 1 StGB

gemacht wird.“¹²⁸ Ein überragend öffentliches Interesse liege beispielsweise bei der Aufdeckung von schweren Missständen oder Straftaten wie Raub, Mord oder Totschlag¹²⁹ vor.

6.1.1 Beispiele einer Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes

Im Januar 2005 wurde der Redakteur des Freien Sender Kombinats (FSK), Werner Pomrehn, wegen der Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes zu 80 Tagessätzen verurteilt. Zwei Demonstranten mussten im Oktober 2003 nach ihrer Festnahme durch die Polizei in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Pomrehn wollte vom Polizeisprecher eine öffentliche Stellungnahme zum Geschehen, die er aber nicht erhielt. So entschied er sich, die beiden Gespräche mit dem Pressesprecher, die er ohne dessen Wissen aufgenommen hatte, zu veröffentlichen. Zwar gebe es die höchstrichterliche Rechtsprechung, dass in der täglichen Praxis der Vertrauensschutz für Pressesprecher nicht gelte, dennoch entschied der Richter, dass es einen Unterschied mache, „in welcher Art und Weise man ein Gespräch führt und ob dann jedes peinliches Ääh oder Stottern gesendet wird.“¹³⁰

In einem weiteren Fall der Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes ist der Verlag Trinity Mirror verwickelt. In acht Fällen hatte der Verlag die Mailboxen von Prominenten abgehört und so erlangte Informationen veröffentlicht. Unter den Opfern waren beispielsweise der ehemalige Fußballer Paul Gascoigne oder Schauspielerinnen Sadie Frost. Der Hohe Gerichtshof in London verurteilte den Verlag zu einer Rekordentschädigungszahlung an die Opfer von insgesamt 1,25 Millionen Pfund. Die Höhe der Summe erklärte der Richter mit der Dauer und dem Ausmaß der Bespitzelung.¹³¹

6.1.2 Verdeckte Aufnahmen als erlaubtes Mittel

In einem TV-Beitrag vom 03. Januar 2008 wurden Aufnahmen eines verdeckt gedrehten Bewerbungsgesprächs gezeigt. Eine Mitarbeiterin der Sendung Panorama hatte sich als Bewerberin für eine Stelle in einer Bäckerei ausgegeben. An Hand dieser Aufnahmen wurde in dem TV-Beitrag gezeigt, dass die Bäckerei nicht die gesetzlich vor-

¹²⁸ § 201 StGB

¹²⁹ Rau, Daniel (2013): Rechtlich und ethisch verantwortungsvolle Kriminalberichterstattung – Eine Analyse anhand der Spruchpraxis des Deutschen Presserats, S. 99

¹³⁰ Vgl. <http://www.taz.de/1/archiv/?dig=2005/01/29/a0061> 19.06.2015

¹³¹ Vgl. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/abhoerskandal-trinity-mirror-zahlt-rekordentschaedigung-13607342.html> 20.06.2015

geschriebene Lohnfortzahlung im Krankheitsfall leistet. Der Fall ging vor Gericht. Es erging das Urteil, dass in diesem Fall ein vorrangiges Informationsinteresse besteht und die gemachten Aufnahmen mit versteckter Kamera gemacht und auch gezeigt werden durften. Das Gericht entschied, dass keine Straftatbestände vorlagen, weder nach § 123 StGB (Hausfriedensbruch) noch nach § 201 StGB. Die gezeigten Bilder hätten nur die Sozialsphäre der Bäckerei betroffen. Mit diesem Urteil hat das Hamburger Landgericht eine wichtige Frage des investigativen Fernsehjournalismus entschieden.¹³²

6.2 Verletzung höchstpersönlicher Lebensbereiche durch Bildaufnahmen

Seit dem 6. August 2004 ist auch der Straftatbestand der Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen strafrechtlich geschützt. Der Gesetzgeber wollte dadurch den Schutz vor Bildaufnahmen steigern und diesen denselben Schutz wie dem Schutz des Wortes zukommen lassen.¹³³

Dieser § 201a des StGB verbietet die unbefugte Aufnahme eines den höchstpersönlichen Lebensbereich verletzenden Bildes einer abgebildeten Person, die „sich in einer Wohnung oder einem gegen Einblick besonders geschützten Raum befindet.“¹³⁴ Genauso verboten sind auch Aufnahmen, die die Hilflosigkeit einer Person zur Schau stellt.¹³⁵

Unter Strafe steht auch das Gebrauchen oder Weitergeben einer den höchstpersönlichen Lebensbereich verletzenden Aufnahme an Dritte.¹³⁶ Auch wenn ein Foto im höchstpersönlichen Lebensbereich befugt hergestellt wurde, darf dieses nicht gegen besseren Wissen an Dritte weitergegeben werden.¹³⁷ Wird eine Aufnahme, die dem Ansehen einer abgebildeten Person schaden kann, ohne Erlaubnis an Dritte weitergegeben, ist dies strafbar.¹³⁸ Der Handel von Nacktfotos von Minderjährigen ist gegen Strafe verboten.¹³⁹ Jegliche vorher genannten Aufnahmen sind jedoch zulässig, wenn

¹³² Vgl. <https://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/pressefreiheit100.html> 22.06.2015

¹³³ Vgl. <http://www.hrr-strafrecht.de/hrr/archiv/05-03/index.php3?seite=6> 19.06.2015

¹³⁴ § 201a Abs. 1 Nr. 1 StGB

¹³⁵ § 201a Abs. 1 Nr. 2 StGB

¹³⁶ § 201a Abs. 1 Nr. 3 StGB

¹³⁷ § 201a Abs. 1 Nr. 4 StGB

¹³⁸ § 201a Abs. 2 StGB

¹³⁹ § 201a Abs. 3 Nr. 1 und 2 StGB

sie aus überwiegend berechtigtem Interesse, also für künstlerische oder wissenschaftliche Zwecke sowie für die Berichterstattung über Vorgänge der Zeitgeschichte gemacht wurden.¹⁴⁰

6.2.1 Beispiel einer Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen

Im Jahr 2006 wurde die Bild-Zeitung wegen einer Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen zu einer Entschädigungszahlung verurteilt. Die Bild hatte ein offensichtlich heimlich aufgenommenes Foto veröffentlicht, das den österreichischen Finanzminister Karl-Heinz Grasser und seine Frau Fiona Swarovski in einer sehr intimen Situation auf ihrer Terrasse zeigte. Das Grundstück des Anwesens war durch eine zweieinhalb Meter hohe Mauer geschützt, sodass das Foto entweder aus sehr großer Entfernung oder von der Mauer aus gemacht worden sein muss. Das Ehepaar klagte gegen die Veröffentlichung der Bilder und bekam Recht. Die urteilende Richterin sah in den Fotos „eine beispiellose Indiskretion“, die „ausschließlich der Befriedung von Wort und Neugierde“ diene. Der Anwalt der Bild-Zeitung argumentierte, dass zwar eine Persönlichkeitsverletzung erkennbar sei, aber die Veröffentlichung der Fotos keine negativen Folgen für die Kläger gehabt habe. Dieser Einschätzung folgte die Richterin nicht und verurteilte die Bild zu einer Entschädigungszahlung von 40.000 Euro.¹⁴¹

6.3 Verletzung des Briefgeheimnisses

Der § 202 des StGB verbietet das unbefugte Öffnen eines verschlossenen Briefes oder eines anderen Schriftstücks sowie den Inhalt von Schriftstücken mithilfe von technischen Mitteln zu erfahren.¹⁴² Genauso ist es strafbar, wenn man ein verschlossenes Behältnis, wie z.B. einen Safe oder eine Schublade, öffnet, um an den Inhalt eines nicht für einen selbst bestimmtes Schriftstück zu gelangen.¹⁴³

¹⁴⁰ § 201a Abs. 4 StGB

¹⁴¹ Vgl. <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/paparazzi-fotos-bild-zeitung-muss-40-000-euro-zahlen-a-419228.html> 20.06.2015

¹⁴² § 202 Abs. 1 Nr. 1 und 2 StGB

¹⁴³ § 202 Abs. 2

6.4 Das Ausspähen und Abfangen von Daten

Die „moderne Form der Verletzung des Briefgeheimnisses, nämlich das Ausspähen von Daten“, wird in § 202a StGB behandelt und schließt die Strafbarkeitslücke für den Bereich computergesteuerter Kommunikation.¹⁴⁴ Demnach ist strafbar, wer sich oder jemand anderen unbefugt Zugang zu elektronisch oder magnetisch gespeicherten Daten verschafft, die durch eine Zugangssicherung besonders geschützt sind.¹⁴⁵ Seit Erweiterung des Gesetzes um diesen Tatbestand im Jahr 2007 ist bereits die Zugangs-Zugangsbeschaffung strafbar.¹⁴⁶

Genauso strafbar ist laut § 202b StGB¹⁴⁷ das unbefugte Beschaffen von nichtöffentlichen Daten mithilfe technischer Mittel. Jegliche Vorbereitungen für das Ausspähen und Abfangen von Daten (beispielsweise das Herstellen und Verkaufen von Hackerprogrammen) ist ebenso strafbar. Geregelt ist dies im § 202c StGB.¹⁴⁸

6.4.1 Beispiel für das Ausspähen und Abfangen von Daten

Scotland Yard ermittelte in einem Fall aus dem Jahr 2009. Hier wurde einem Times-Reporter vorgeworfen, dass er den Email-Account eines Polizeibloggers gehackt und sich somit illegal Informationen beschafft zu haben. Diese Informationen sollen in einem veröffentlichten Artikel verwendet worden sein. Die Vorgesetzten wussten über die illegale Beschaffung der Informationen Bescheid, maßregelten den Journalisten, verhinderten aber nicht die Veröffentlichung.¹⁴⁹ Der damalige Times-Herausgeber James Harding hat 2012 im Rahmen eines Untersuchungsausschusses zur Ethik der britischen Presse diesen Vorfall bestätigt.¹⁵⁰

¹⁴⁴ Paschke, Marian (2009): Medienrecht, S. 446

¹⁴⁵ § 202a Abs. 1 und 2 StGB

¹⁴⁶ Paschke, Marian (2009): Medienrecht, S. 446

¹⁴⁷ § 202b StGB

¹⁴⁸ § 202c StGB

¹⁴⁹ Vgl. <http://www.sueddeutsche.de/medien/news-of-the-world-skandal-erreicht-times-hacker-aus-gutem-hause-1.1274252> 20.06.2015

¹⁵⁰ Vgl. <http://www.morgenpost.de/printarchiv/politik/article105949941/Grossbritannien-Ermittlungen-wegen-gehackter-E-Mails-gegen-die-Times.html> 20.06.2015

7 Rechtsbehelfe der Betroffenen

Personen, die von der Medienberichterstattung betroffen sind, haben eine Reihe von Möglichkeiten, gegen diese vorzugehen.

7.1 Gegendarstellung

Fühlt sich jemand durch die mediale Berichterstattung persönlich betroffen, kann dieser verlangen, dass eine von ihm selbst verfasste Gegendarstellung veröffentlicht wird. Für diesen Anspruch muss keine Rechtsverletzung, unwahre oder ehrverletzende Darstellung vorliegen,¹⁵¹ allerdings muss die Gegendarstellung unverzüglich geltend gemacht werden.¹⁵² Indem bei der Gegendarstellung auch der Betroffene zu Wort kommt, erfüllt die Gegendarstellung einen Zweck zugunsten des öffentlichen Informationsbedürfnisses.¹⁵³ Allerdings ist das nur der Fall, wenn ein berechtigtes Interesse an der Veröffentlichung der Gegendarstellung besteht.¹⁵⁴ Das Recht auf Gegendarstellung ergibt sich aus den Regelungen in den Presse- und Medien- und Rundfunkgesetzen sowie den Rundfunkstaatsverträgen der Bundesländer.¹⁵⁵

7.2 Unterlassung

Einen Unterlassungsanspruch gibt es bei der Verletzung von absoluten Rechten, wie dem Namensrecht, dem Eigentum sowie dem Persönlichkeits- und Unternehmensrecht. Nur wer durch eine Tatsachenbehauptung oder Meinungsäußerung in seinem Persönlichkeitsrecht betroffen ist, ist anspruchsberechtigt.¹⁵⁶ Mithilfe der Unterlassung kann sowohl eine weitere Verbreitung einer falschen Tatsachenbehauptung, als auch eine erstmalige Verbreitung verhindert werden.¹⁵⁷

¹⁵¹ Paschke, Marian (2009): Medienrecht, S. 379

¹⁵² Paschke, Marian (2009): Medienrecht, S. 389

¹⁵³ Paschke, Marian (2009): Medienrecht, S. 380

¹⁵⁴ Paschke, Marian (2009): Medienrecht, S. 385

¹⁵⁵ Paschke, Marian (2009): Medienrecht, S. 381

¹⁵⁶ Paschke, Marian (2009): Medienrecht, S. 394

¹⁵⁷ Paschke, Marian (2009): Medienrecht, S. 396

7.3 Widerruf

Für einen Widerruf müssen drei Voraussetzungen vorliegen:

1. unrichtige Tatsachenbehauptung
2. Eingriff in ein geschütztes Rechtsgut
3. Notwendigkeit der Berichtigung¹⁵⁸

Treffen die genannten Voraussetzungen zu, kann der Betroffene eine Berichtigungserklärung verlangen, die in Form eines Widerrufs oder einer Richtigstellung erfolgen kann.¹⁵⁹

7.4 Schadenersatz

Ein Recht auf Schadenersatz besteht, wenn der Betroffene durch unwahre Tatsachenbehauptungen und Persönlichkeitsverletzungen geschädigt wird.¹⁶⁰ Der Antragsteller muss allerdings den Zusammenhang zwischen Verletzungshandlung und Schaden nachweisen. Des Weiteren muss Vorsatz oder Fahrlässigkeit des Schädigenden vorliegen. Die Höhe des Schadenersatz bemisst sich in der Regel nach den §§ 249 ff. Bürgerliches Gesetzbuch (BGB).¹⁶¹

7.5 Geldentschädigung

Für den Anspruch auf eine Geldentschädigung muss das Persönlichkeitsrecht stark verletzt worden sein und ein schweres Verschulden vorliegen. Ob ein schwerer Eingriff gegen die Persönlichkeitsrechte vorliegt, muss im Einzelfall festgestellt werden. In der Regel kommt dies in Betracht, wenn die Intim- oder Privatsphäre verletzt wurde.¹⁶² Dritte Voraussetzung für eine Geldentschädigung ist, dass ein Geldausgleich für die erlittene Rechtsverletzung unabwendbar ist.¹⁶³

¹⁵⁸ Paschke, Marian (2009): Medienrecht, S. 400

¹⁵⁹ Paschke, Marian (2009): Medienrecht, S. 402

¹⁶⁰ Paschke, Marian (2009): Medienrecht, S. 403

¹⁶¹ Paschke, Marian (2009): Medienrecht, S. 404

¹⁶² Paschke, Marian (2009): Medienrecht, S. 408

¹⁶³ Paschke, Marian (2009): Medienrecht, S. 409

Ein Beispiel dafür, wann eine Geldentschädigung gezahlt werden muss, ist ein erfundenes Interview der Zeitschrift Super Illu mit Alfred Biolek. Im Mai 2002 wurde ein vermeintliches Interview mit Alfred Biolek geführt, in dem er über zwei Seiten lang offen über Einzelheiten seines Privatlebens berichtete. Biolek hatte aber nie mit einem Reporter der Zeitschrift gesprochen und war auch nicht über die Veröffentlichung informiert. Zwar argumentierte die Super Illu damit, dass es sich bei dem Artikel um Satire gehandelt habe. Das Landesgericht Hamburg sah aber eine schwerwiegende Verletzung der Persönlichkeitsrechte und sprach Biolek eine Entschädigung in Höhe von 50.000 Euro zu.¹⁶⁴

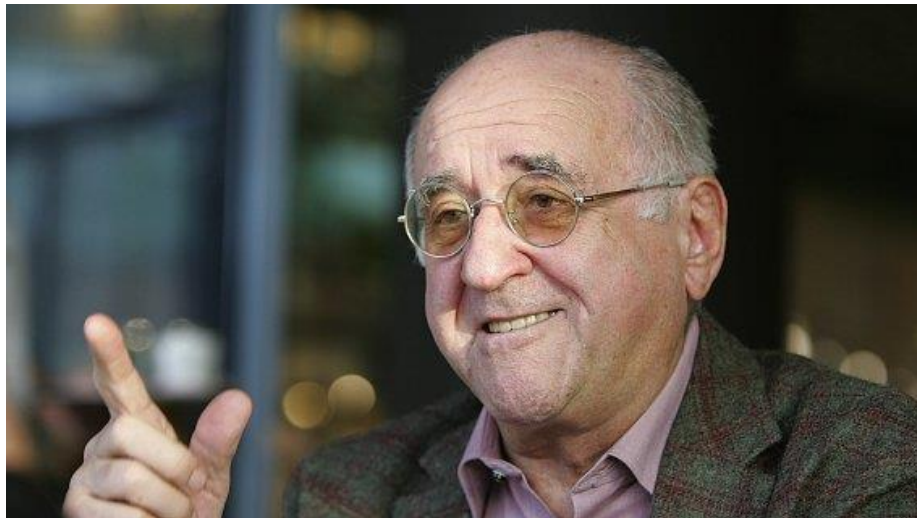


Abbildung 13: Alfred Biolek, Quelle: SN/WILD

¹⁶⁴ Vgl. <http://www.urheberrecht.org/news/1185/> 20.06.2015

8 Fazit

Die öffentlichen Aufgaben der Medien sind wichtig und vielschichtig. Schließlich wirken sie an der (politischen) Meinungsbildung der Bevölkerung mit und unterrichten über aktuelle Ereignisse. Zusätzlich filtern die Medien die Ereignisse und bewerten sie nach Wichtigkeit, indem sie entscheiden, über welche Themen in welchem Umfang berichtet wird. Medien müssen die Bürger umfassend, sachgerecht und verständlich informieren. Doch berichten Medien immer wahrheitsgemäß und objektiv?

Durch die Entwicklung der Medien und die damit entstandene und immer größer gewordene Medienvielfalt verbreiten sich Nachrichten und Meldungen immer schneller. Waren es früher hauptsächlich Zeitungen und der Rundfunk, die über aktuelle Geschehnisse berichtet haben, so kam mit der Entstehung und Verbreitung des Internets eine weitere Mediengattung hinzu. Gerade das Internet sorgt heutzutage für eine wesentlich schnellere und größere Reichweite von Nachrichten. Mit dieser technischen Entwicklung hat sich auch die Anzahl der Medienanbieter enorm erhöht, sodass es für die einzelnen Anbieter ein immer größer werdender Konkurrenzkampf wird. Durch den damit entstehenden und weiter wachsenden Druck, möglichst schnell über das neueste Geschehen zu berichten, wächst die Gefahr, dass die Qualität der Meldungen abnimmt. Es fehlt schlichtweg die Zeit für genauere und umfassendere Recherchen.

Ein weiteres Problem ist der Kampf um die Gunst der Medienkonsumenten. Bei der Vielzahl der Anbieter muss sich ein Unternehmen von der Konkurrenz abheben. Das wird oftmals durch reißerische Schlagzeilen und Aufmachungen versucht zu erreichen. Schließlich müssen auch die Medienunternehmen wirtschaftlich arbeiten um bestehen zu können. Das birgt wiederum die Gefahr, dass Medien durch unseriöse Berichterstattungen ihre Nutzer beeinflussen. Ein extremes Beispiel ist die Bild-Zeitung im Rahmen ihrer Griechenland-Berichterstattung, bei der sie Vorurteile gegen die Griechen schüren. Aber nicht nur die Bild-Zeitung verstößt hier immer mal wieder gegen die journalistischen Grundsätze und die gesetzlichen Vorgaben. Eine Beeinflussung kann auch durch Framing und Agenda-Setting erfolgen.

Damit die Medien trotz der vorher genannten Problematik nach wie vor ihre öffentliche Aufgabe erfüllen, gibt es eine Vielzahl an Rahmenbedingungen und gesetzlichen Bestimmungen, die eingehalten werden müssen. Da gibt es zum einen den Pressekodex, der ethische Regeln für die Berichterstattung vorgibt, denn nicht alles was gesetzlich erlaubt ist, ist auch moralisch vertretbar. Die Realität zeigt aber auch, dass gegen diesen Kodex immer wieder verstoßen wird oder zumindest in der Grauzone agiert wird, was auch die Zahlen der eingegangenen Beschwerden beim Presserat zeigen.

Neben den ethischen Vorgaben, gibt es noch die gesetzlichen Rahmenbedingungen. Diese dienen dem Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts. Hierzu gehören das Recht der persönlichen Ehre, der Schutz der privaten Lebensgestaltung und das Recht am eigenen Bild. Bedeutet dies tatsächlich einen absoluten Schutz vor der Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts?

Die Gerichtsverhandlungen um die veröffentlichten Bilder von Caroline von Hannover zeigen, dass es mitunter ein schmaler Grat zwischen Schutz und Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts ist. Das öffentliche Interesse muss immer mit der Schwere der Persönlichkeitsverletzung abgewogen werden. So urteilten die Gerichte im Fall von Caroline von Hannover zuerst, dass sie die Veröffentlichung von einigen Bildern hinnehmen muss, bevor schließlich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Veröffentlichung als rechtswidrig ansah.

Ebenfalls schwer wiegen die Verletzungen des Lebens- und Geheimbereichs im Rahmen der Medienberichterstattung, wie z.B. die Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes. Ein Geschädigter hat die Möglichkeit gerichtlich dagegen vorzugehen, wobei auch hier zwischen öffentlichem Interesse und der Schwere des Verstoßes abgewogen werden muss.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es bereits heute für die Medien schwer ist, die öffentlichen Aufgaben unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen. Manchmal ist es schwer zu beurteilen, ob ein öffentliches Interesse höher wiegt, als ein Verstoß gegen das Persönlichkeitsrecht. Besonders deutlich wird dies im Fall der Namensnennung des Co-Piloten, der für den Absturz der Germanwings-Maschine verantwortlich gemacht wird. So gingen beim Presserat zahlreiche Beschwerden zur Namensnennung ein. Der Presserat entschied jedoch, dass hier das öffentliche Interesse die Namensnennung rechtfertigt. Der Schutz der Angehörigen wurde hier dem öffentlichen Interesse untergeordnet. An diesem Beispiel zeigte sich auch, welcher großer Wettbewerb zwischen den einzelnen Medienanbietern herrscht. Es wurde eine Sondersendung nach der anderen gezeigt, obwohl es seit der letzten Berichterstattung keine Neuigkeiten gab. Es wurde stattdessen spekuliert, Experten befragt, die ihrerseits auch nur spekulieren konnten. Quantität statt Qualität war das Motto.

Auf Grund der zu erwartenden Entwicklung eines immer größer und schneller werdenden Medienangebotes wird dies auch in Zukunft immer schwieriger. Ein Verstoß gegen die gesetzlichen Vorgaben, wie dem Schutz des Lebens- und Geheimbereichs, muss nicht zwingend mit Vorsatz geschehen, sondern kann auch den vorher aufgeführten Umständen, wie z.B. Zeitdruck oder der großen Konkurrenz, geschuldet sein. Folge solcher Meldungen ist, dass unter Umständen ein Vertrauens- und Glaubwürdigkeits-

verlust den Medien gegenüber eintritt. Die Medienanbieter müssen sich daher die Frage stellen, wo sie ihre Priorität setzen. Will man möglichst aktuell aber dafür eher oberflächlich berichten oder mehr Wert auf Qualität der Berichterstattung legen. Genauso muss sich der Konsument fragen, ob er lieber schnell von einem Ereignis erfahren will oder durch gut recherchierte Beiträge die Hintergründe des Geschehens wissen will. So lange der Fokus auf der Einschaltquote, Auflagenhöhe oder der Klickzahl liegt, wird es auch in Zukunft weitere Verstöße gegen die gesetzlichen Rahmenbedingungen geben.

Literaturverzeichnis

"Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 440-3, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 3 § 31 des Gesetzes vom 16. Februar 2001 (BGBl. I S. 266) geändert worden ist", URL: <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/kunsturhg/gesamt.pdf> [Stand: 15.06.2015]

„Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2438) geändert worden ist“, URL: <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/gg/gesamt.pdf> [Stand: 21.06.2015]

„Strafgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Juni 2015 (BGBl. I S. 926) geändert worden ist“, URL: <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/stgb/gesamt.pdf> [Stand: 21.06.2015]

ARD (o.J.): „Die Arbeit des Programmbeirates: Im Mittelpunkt stehen Beratung und Dialog“, URL: <http://www.daserste.de/ueber-uns/organisation-struktur/ard-programmbeirat/ard-programmbeirat-arbeit-des-programmbeirates100.html> [Stand: 09.06.2015]

ARD-Programmbeirat (2014): „Resümee zur Ukraine-Berichterstattung aus Protokoll 582“, URL: http://www.heise.de/tp/artikel/42/42784/42784_1.pdf [Stand: 09.06.2015]

Baumann, Eva / Keller, Katrin / Maurer, Marcus / Quandt, Thomas / Schweiger, Thomas (2011): „Wie Medien genutzt werden und was sie bewirken“, URL: <http://www.bpb.de/izpb/7543/wie-medien-genutzt-werden-und-was-sie-bewirken?p=all> [Stand: 08.06.2015]

Berg, Manfred (1992): „Richard Nixon und die Watergate-Affäre“, URL: <http://www.zeit.de/1992/25/richard-nixon-und-die-watergate-affaere/komplettansicht> [Stand: 10.06.2015]

Berliner Morgenpost (2012): „Großbritannien: Ermittlungen wegen gehackter E-Mails gegen die "Times"“, URL: <http://www.morgenpost.de/printarchiv/politik/article105949941/Grossbritannien-Ermittlungen-wegen-gehackter-E-Mails-gegen-die-Times.html> [Stand: 20.06.2015]

BGH, Urteil vom 19. Dezember 1995, VI TR 15/95

Branahl, Udo (2007): „Das Caroline-Urteil setzt sich durch - Der BGH folgt dem EGMR“, URL: <http://journalistik-journal.lookingintomedia.com/?p=57> [Stand: 17.06.2015]

Bundeszentrale für politische Bildung (2013): „Medien“, URL: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/24-deutschland/40490/medien> [Stand: 01.06.2015]

Bundeszentrale für politische Bildung (o.J.): „Agenda Setting / Intermedia-Agenda Setting“, URL: <http://www.bpb.de/gesellschaft/medien/medienpolitik/171586/glossar?p=1> [Stand: 09.06.2015]

Bundeszentrale für politische Bildung (o.J.): „Framing“, URL: <http://www.bpb.de/gesellschaft/medien/medienpolitik/171586/glossar?p=24> [Stand: 09.06.2015]

Bunz, Mercedes (2012): „Die fünfte Gewalt: Über die Neuausrichtung der medialen Gewaltenteilung“, URL <https://www.boell.de/de/bildungskultur/netz-fuenfte-gewalt-mediale-gewaltenteilung-digitale-oeffentlichkeit-15060.html> [Stand: 01.06.2015]

Burger, Reiner (2013): „Das SEK musste Gaffer zurückdrängen“, URL: <http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/geiseldrama-von-gladbeck-das-sek-musste-gaffer-zurueckdraengen-12530498.html> [Stand: 22.06.2015]

BVerfG, Urteil vom 15. Dezember 1999, 1 BvR 653/96

BVerfGE, Urteil vom 05.06.1973 35, 202

Daniljuk, Malte (2014): „Ukraine-Konflikt: ARD-Programmbeirat bestätigt Publikumskritik“, URL: <http://www.heise.de/tp/artikel/42/42784/1.html> [Stand: 09.06.2015]

Deutscher Presserat (2013): „Titelseiten von drei Sportmagazinen gerügt“, URL: <http://presserat.de/presserat/news/pressemitteilungen/datum/2013/> [Stand: 21.06.2015]

Deutscher Presserat (2014): „Gewalttat detailreich protokolliert“, URL: <http://www.presserat.de/presserat/news/pressemitteilungen/datum/2014/> [Stand: 21.06.2015]

Deutscher Presserat (2015): „Germanwings-Beschwerden: Co-Pilot durfte benannt werden“, URL: <http://www.presserat.de/presserat/news/pressemitteilungen/> [Stand: 21.06.2015]

Deutscher Presserat (o. J.): „Der Pressekodex“, URL: <http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/> [Stand: 05.06.2015]

Deutscher Presserat (o.J.): „Flyer Organisation“, URL: http://www.presserat.de/fileadmin/user_upload/Downloads_Dateien/Flyer_Ablauf_Organisation.pdf [Stand: 05.06.2015]

Deutscher Presserat (o.J.): „Statistik 2013 – Beschwerdeführer“, URL: <http://www.presserat.de/beschwerde/statistiken/#panel-beschwerdefuehrer> [Stand: 18.06.2015]

Deutscher Presserat (o.J.): „Statistik 2013 – Entscheidungen der Ausschüsse“, URL: http://www.presserat.de/beschwerde/statistiken/#panel-entscheidungen_der_ausschuesse [Stand: 18.06.2015]

Deutscher Presserat (o.J.): „Ziffer 1 – Wahrhaftigkeit und Achtung der Menschenwürde“, URL: http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_1_wahrhaftigkeit_und_achtung_der_menschenwuerde [Stand: 05.06.2015]

Deutscher Presserat (o.J.): „Ziffer 10 – Religion, Weltanschauung, Sitte“, URL: http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_10_religion_weltanschauung_sitte [Stand: 05.06.2015]

Deutscher Presserat (o.J.): „Ziffer 11 – Sensationsberichterstattung, Jugendschutz“, URL: http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_11_sensationsberichterstattung_jugendschutz [Stand: 05.06.2015]

Deutscher Presserat (o.J.): „Ziffer 12 – Diskriminierungen“, URL: http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_12_diskriminierungen [Stand: 05.06.2015]

Deutscher Presserat (o.J.): „Ziffer 13 - Unschuldsvermutung“, URL: http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_13_unschuldsvermutung [Stand: 05.06.2015]

Deutscher Presserat (o.J.): „Ziffer 14 – Medizin-Berichterstattung“, URL: http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_14_medizinberichterstattung [Stand: 05.06.2015]

Deutscher Presserat (o.J.): „Ziffer 15 – Vergünstigungen“, URL:

http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_15_verguenstigungen [Stand: 05.06.2015]

Deutscher Presserat (o.J.): „Ziffer 16 – Rügenveröffentlichung“, URL:

http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_16_ruegenveroeffentlichung [Stand: 05.06.2015]

Deutscher Presserat (o.J.): „Ziffer 2 – Sorgfalt“, URL:

http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_2_sorgfalt [Stand: 05.06.2015]

Deutscher Presserat (o.J.): „Ziffer 3 – Richtigstellung“, URL:

http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_3_richtigstellung [Stand: 05.06.2015]

Deutscher Presserat (o.J.): „Ziffer 4 – Grenzen der Recherche“, URL:

http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_4_grenzen_der_recherche [Stand: 05.06.2015]

Deutscher Presserat (o.J.): „Ziffer 5 - Berufsgeheimnis“, URL:

http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_5_berufsgeheimnis [Stand: 05.06.2015]

Deutscher Presserat (o.J.): „Ziffer 6 - Trennung von Tätigkeiten“, URL:

http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_6_trennung_von_taeetigkeiten [Stand: 05.06.2015]

Deutscher Presserat (o.J.): „Ziffer 7 - Trennung von Werbung und Redaktion“, URL:

http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_7_trennung_von_werbung_und_redaktion [Stand: 05.06.2015]

Deutscher Presserat (o.J.): „Ziffer 8 – Schutz der Persönlichkeit“, URL:

http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_8_schutz_der_persoenlichkeit [Stand: 05.06.2015]

Deutscher Presserat (o.J.): „Ziffer 9 – Schutz der Ehre“, URL:

http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_9_schutz_der_ehre [Stand: 05.06.2015]

Deutsches Journalisten Kolleg: Lexikon, Stichwort: Intimsphäre, online im Internet:

<http://www.journalistenkolleg.de/lexikon-journalismus/intimsphaere> [Stand: 16.06.2015]

Deutsches Journalisten Kolleg: Lexikon, Stichwort: Öffentlichkeitsphäre, online im Internet: <http://www.journalistenkolleg.de/lexikon-journalismus/oeffentlichkeitssphaere> [Stand: 16.06.2015]

Deutsches Journalisten Kolleg: Lexikon, Stichwort: Person des öffentlichen Lebens, online im Internet: <http://www.journalistenkolleg.de/lexikon-journalismus/person-des-oeffentlichen-lebens> [Stand: 16.06.2016]

Deutsches Journalisten Kolleg: Lexikon, Stichwort: Privatsphäre, online im Internet: <http://www.journalistenkolleg.de/lexikon-journalismus/privatsphaere> [Stand: 16.06.2015]

Deutsches Journalisten Kolleg: Lexikon, Stichwort: Sozialsphäre, online im Internet: <http://www.journalistenkolleg.de/lexikon-journalismus/sozialsphaere> [Stand: 16.06.2015]

die medienanstalten (2013): „Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien“, URL: http://www.die-medienanstalten.de/fileadmin/Download/Rechtsgrundlagen/Gesetze_aktuell/15_RStV_01-01-2013.pdf [Stand: 04.06.2015]

Die Medienanstalten (2015): „MedienVielfaltsmonitor – Ergebnisse 2. Halbjahr 2014“, URL: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-12/umfrage-medien-russland-putin-kriegsgefahr> [Stand: 18.06.2015]

Fras, Daniel/Schmale, Holger (2012): „Sie brachten Nixon zu Fall“, URL: <http://www.fr-online.de/politik/watergate-affaere-sie-brachten-nixon-zu-fall,1472596,16393232.html> [Stand: 10.06.2015]

Gießner, David (2014): „Das allgemeine Persönlichkeitsrecht“, URL: <http://www.rechtsanwalt-gessner-berlin.de/das-allgemeine-persoendlichkeitsrecht-und-seine-verschiedenen-facetten-medienrecht/> [Stand: 16.06.2015]

Glaap, Oliver / Wehrle, Claudia (2011): „Die Macht der Medien - Vierte Gewalt? Die Rolle der Journalisten heute“, URL: http://www.hronline.de/website/specials/wissen/index.jsp?rubrik=68533&key=standard_document_39345529 [Stand: 01.06.2015]

Grimberg, Steffen (2012): „Die unheimlichen Mainzelmacher“, URL: <http://www.taz.de/!5080801/> [Stand: 13.06.2015]

Grimm, Inge (2014): „Wem gehört das ZDF?“, URL: <http://www.haz.de/Nachrichten/Medien/Fernsehen/Wem-gehoert-das-ZDF> [Stand: 14.06.2015]

Grundversorgung 2.0 Blog (o.J.): „Rundfunkstaatsverträge“, URL: <http://digitale-grundversorgung.de/rundfunkstaatsvertrage/> [Stand: 04.06.2015]

Hessenreporter (2015): „Die Recycling-Lüge“, URL: http://www.hr-onli-ne.de/website/fernsehen/sendungen/index.jsp?rubrik=46670&key=standard_document_55607989&xtmc=Woolrec&mtype=d&xtcr=1 [Stand: 11.06.2015]

Hessischer Rundfunk (2014): „Woolrecs-Recycling-Lüge“, URL: http://www.hr-onli-ne.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=36090&mtype=d&xtcr=34&xtmc=Woolrec&key=standard_document_52973505 [Stand: 11.06.2015]

Hessischer Rundfunk (2014): „Anklage gegen den Woolrec-Chef“, URL: http://www.hr-onli-ne.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=36090&mtype=d&xtcr=6&xtmc=Woolrec&key=standard_document_53879095 [Stand: 11.06.2015]

Hessischer Rundfunk (2015): „Prix CIRCOM für „Die Recycling-Lüge““, URL: http://www.hr-onli-ne.de/website/derhr/home/presse_meldung_einzel.jsp?rubrik=54987&key=presse_lang_55486139&xtmc=Woolrec&mtype=d&xtcr=4 [Stand: 11.06.2015]

Hipp, Dietmar (2007): „Caroline-Urteil: Die neue Relativitäts-Theorie des BGH“, URL: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/caroline-urteil-die-neue-relativitaets-theorie-des-bgh-a-470271.html> [Stand: 17.06.2015]

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/17821/telemedien-v12.html> [Stand: 05.06.2015]

https://www.blm.de/files/pdf1/ALM_Vielfaltsmonitor_2_Halbjahr_2014_2015-Stand_17-03-15.pdf

- Huber, Joachim (2012): „Der Fall Brender: Schwarz schlägt Rot“, URL: <http://www.tagesspiegel.de/medien/medienpolitik-beim-zdf-der-fall-brender-schwarz-schlaegt-rot/7365422.html> [Stand: 13.06.2015]
- Huber, Joachim (2014): „Umfrage: Vertrauen in die deutsche Medien zurückgegangen“, URL: <http://www.tagesspiegel.de/medien/stichwort-ukraine-umfrage-vertrauen-in-die-deutsche-medien-zurueckgegangen/11129652.html> [Stand: 18.06.2015]
- Ihl, Wolfgang (2007): „Der Soldatenmord von Lebach - Vier Tote beim Überfall auf ein Munitionsdepot“, URL: <http://www.saarbruecker-zeitung.de/abfall/mediathek-test/stories/Jahrestag;art26485.2768197,0> [Stand: 16.06.2015]
- Institut für Urheber- und Medienrecht (2003): „"Super Illu" muss wegen erfundenen Interviews mit Biolek 50.000 Euro Entschädigung zahlen“, URL: <http://www.urheberrecht.org/news/1185/> [Stand: 20.06.2015]
- JuraForum (2007): „Das Recht am eigenen Bild im Überblick“, URL: <http://www.juraforum.de/forum/t/das-recht-am-eigenen-bild-im-ueberblick.187423/> [Stand: 15.06.2015]
- JuraForum (o.J.): „Allgemeines Persönlichkeitsrecht“, URL: <http://www.juraforum.de/lexikon/allgemeines-persoendlichkeitsrecht> [Stand: 16.06.2015]
- Keeding, Susanne (2012): „Gift im Ort?“, URL: <http://www.fnp.de/rhein-main/Gift-im-Ort;art801,256152> [Stand: 11.06.2015]
- Knauß, Ferdinand (2012): „Die Empörung beim ZDF ist scheinheilig“, URL: <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/einflussnahme-die-empoerung-beim-zdf-ist-scheinheilig/7300512.html> [Stand: 13.06.2015]
- MEEDIA (2015): „Umstrittene Protestaktion: Bild ruft Leser zum Grexit-Selfie auf“, URL: <http://meedia.de/2015/02/26/umstrittene-protestaktion-bild-ruft-leser-zum-grexit-selfie-auf/> [Stand: 08.06.2015]
- Norddeutscher Rundfunk (2008): „Gericht erlaubt Panorama verdeckte Aufnahmen“, URL: <https://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/pressefreiheit100.html> [Stand: 22.06.2015]
- OLG Hamburg, Urteil vom 28.06.2011, 7 U 39/11
- Paschke, Marian (2009): Medienrecht, 3., vollständig überarbeitete Auflage, Springer-Verlag Berlin Heidelberg, Heidelberg/Dordrecht/London/New York

Paus, Jaqueline / Taylan, Kamil (2014): „hessenreporter: Die Recycling-Lüge“, URL: http://www.hronline.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?jpage=1&rubrik=36090&media-key=fs/hessenreporter/2014_09/140914191241_hessenreporter_39571&xtmc=Woolre&mtype=d&type=v&jm=2&xtcr=34&key=standard_document_52973505 [Stand: 11.06.2015]

Pürer, Heinz (2000): „Medien und Journalismus zwischen Macht und Verantwortung“, URL: <http://www.kfj.at/journalismus/vortraege/medien-und-journalismus-zwischen-macht-und-verantwortung-puerer/> [Stand: 08.06.2015]

Rahmow, Matthias (2005): „Einzelne Probleme des Straftatbestands der "Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereiches durch Bildaufnahmen"“, URL: <http://www.hrr-strafrecht.de/hrr/archiv/05-03/index.php3?seite=6> [Stand: 19.06.2015]

Rau, Daniel (2013): „Rechtlich und ethisch verantwortungsvolle Kriminalberichterstattung – Eine Analyse anhand der Spruchpraxis des Deutschen Presserats“, Nomos, Baden-Baden

Recht ABC: Lexikon, Stichwort: Konkludentes Verhalten, online im Internet: <http://recht-abc.info/konkludentes-verhalten/> [Stand: 15.06.2015]

Riehl, Katharina (2012): „Hacker aus gutem Haus“, URL: <http://www.sueddeutsche.de/medien/news-of-the-world-skandal-erreicht-times-hacker-aus-gutem-hause-1.1274252> [Stand: 20.06.2015]

Schrödter, Petja (2009): „Das allgemeine Persönlichkeitsrecht“, URL: <http://www.juraserv.de/medienrecht/das-allgemeine-persoendlichkeitsrecht-apr-01002/schutz-d-privat-und-intimsphare> [Stand: 16.06.2015]

SOL.de (2009): „Lebacher Soldatenmord jährt sich heute“, URL: <http://www.sol.de/titelseite/topnews/Lebach-Soldaten-Ermittlungen-Verbrechen-tot-Polizei-Lebacher-Soldatenmord-jaehrt-sich-heute;art26205,2849626> [Stand: 16.06.2015]

Spiegel Online (2006): „Paparazzi-Fotos: "Bild"-Zeitung muss 40.000 Euro zahlen“, URL: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/paparazzi-fotos-bild-zeitung-muss-40-000-euro-zahlen-a-419228.html> [Stand: 20.06.2015]

Spiegel Online (2007): „Neues Caroline-Urteil: Mehr Paparazzi-Schutz für Prominente“, URL: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/neues-caroline-urteil-mehr-paparazzi-schutz-fuer-prominente-a-470243.html> [Stand: 17.06.2015]

Spiegel Online (2008): „Kartellamtsentscheidung: "Ein Schlag für den deutschen Profifußball"“, URL: <http://www.spiegel.de/sport/fussball/kartellamtsentscheidung-ein-schlag-fuer-den-deutschen-profi-fussball-a-567730.html> [Stand: 04.06.2015]

Spiegel Online (2009): „Entscheidung des Verwaltungsrats: ZDF-Chefredakteur Brender muss gehen“, URL: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/entscheidung-des-verwaltungsrats-zdf-chefredakteur-brender-muss-gehen-a-663847.html> [Stand: 13.06.2015]

Spiegel Online (2014): „Urteil in Karlsruhe: Politik muss Einfluss auf das ZDF beschränken“, URL: <http://www.spiegel.de/kultur/tv/verfassungsgericht-klage-gegen-zdf-staatsvertrag-a-960571.html> [Stand: 13.06.2015]

Springer Gabler Verlag: Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Telemedien, online im Internet:

Strothmann, Peter (2004): „EGMR: Entscheidung im Fall Caroline von Hannover gegen Deutschland“, URL: <http://rsw.beck.de/cms/?toc=MMR.ARC.200409&docid=125998> [Stand: 17.06.2015]

Thomas, Gina (2015): „Teuerster Abhörskandal“, URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/abhoerskandal-trinity-mirror-zahlt-rekordentschaedigung-13607342.html> [Stand: 20.06.2015]

Thomaß, Barbara / Radoslavov, Stoyan (2014): „Unabhängigkeit und Staatsferne – nur ein Mythos?“, URL: <http://www.bpb.de/gesellschaft/medien/medienpolitik/172237/unabhaengigkeit-und-staatsferne-ein-mythos> [Stand: 03.06.2015]

Voigts, Hanning (2013): „Lehren aus dem Fall Woolrec“, URL: <http://www.fr-online.de/rhein-main/aus-fuer-woolrec-lehren-aus-dem-fall-woolrec,1472796,21693812.html> [Stand: 11.06.2015]

Von Appen, Kai (2005): „Offiziell private Worte“, URL: <http://www.taz.de/1/archiv/?dig=2005/01/29/a0061> [Stand: 19.06.2015]

Wagner, Jörg (2014): „Nikolaus Brender: Der ZDF-Fernsehrat“, URL: <https://youtu.be/Xp-meVg4BE0> [Stand: 13.06.2015]

Westdeutscher Rundfunk (2008): „Showdown auf der Autobahn“, URL: <http://www1.wdr.de/themen/archiv/stichtag/stichtag3090.html> [Stand: 22.06.2015]

Wilke, Jürgen (2012): „Funktionen und Probleme der Medien“, URL: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/139163/funktionen-und-probleme> [Stand: 01.06.2015]

Wilke, Jürgen (2012): „Funktionen und Probleme der Medien“, URL: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/139163/funktionen-und-probleme?p=1> [Stand: 09.06.2015]

ZEIT ONLINE (2015): „Journalistenverband fordert sofortigen Stopp der Bild-Kampagne“, URL: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-02/bundestag-anti-griechenland-selfie-kampagne> [Stand: 08.06.2015]

Zweites Deutsches Fernsehen (2015): „Neuer ZDF-Staatsvertrag unterzeichnet“, URL: <http://www.heute.de/neuer-zdf-staatsvertrag-unterzeichnet-entscheidung-ueber-mehreinnahmen-vertagt-38934368.html> [Stand: 21.06.2015]

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Ort, Datum

Vorname Nachname